

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 14/15



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Nato-Osterweiterung: Folgen- schwerer Schritt	3
Newroz in Diyarbakir und Van	3
SPD-Wahlprogramm: Dienst- boteneingang ins Arbeitsleben	4
Stoppt Karlsruhe moderne Sklaverei im Knast?	5
Agenda 2000: Zukunft für wen?	5
Sachsen-Anhalt: Testfall für die PDS?	6
Bundesweite Demo am 20. Juni	7

Auslandsberichterstattung

PP blockiert politische Lösung im Baskenland	8
Österreich: Anti-Nato-Kongress	9
Afrika: Warum besucht Clinton nicht den Congo?	9
Italien: 35-Stunden-Dekret	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Kommunalwahlen Schleswig-Hol- stein: Rot-grün in der Defensive	13
Castor gegen Grundrechte	13
Essen: Kein Verkauf der Allbau	13
Mannheim: Besuch im Abschiebegefängnis	14
Pro Asyl: Rechtshilfe am Frank- furter Flughafen	15
Köln: Günter Grass solidarisch	15
Leipzig: Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!	16
O-Ton	16
Kommunale Politik	17
Saalfeld: Antifaschistische Initiative zieht Konsequenzen	18
Trauer um Jana G.	19

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	20
Tarifvertrag Unikliniken: Erfolg, aber wirklich dauerhaft?	21
IG Metall: Tarifvertrag bei Debis als Modell?	21
Kino: Haste mal 'ne Mark, eyh?	22
Opel Bochum: Standortvertrag	23
Kritik an Gewerkschaftsfusion	23

Diskussion und Dokumentation

Hintergründe der Irak-Krise	24
In und bei der PDS	26

Letzte Seiten

Jahn: „Der Name muß weg“	27
--------------------------	----

Termine	28
---------	----

IN BONN STAATSANGEHÖ-

RIGKEIT: Am 27. März hat der Bundestag eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für diese Legislaturperiode nun endgültig abgelehnt. Das *Handelsblatt* nennt in seltener Offenheit den wirklichen, Grund für den hartnäckigen Widerstand der Union gegen eine Reform: „Da der überwiegende Teil der in Frage kommenden Bürger nicht dem Kulturreis des christlichen Abendlandes entstammt, dürfte es der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands schwerer fallen, diese Menschen politisch an sich zu binden.“ (27./28.3.) So ist es. Die Parlamentsmehrheit der christlich-liberalen Parteien kann nur aufrechterhalten bleiben bei anhaltender Verweigerung des Wahlrechts für ca. 8 Millionen Menschen in diesem Land. Bleibt zu hoffen, daß eine andere Mehrheit aus eben diesem machtpolitischen Grund sich nach den Wahlen daran macht, das Staatsbürgerschaftsrecht endlich demokratisch zu gestalten.

ASYLBEWERBERLST.GS.:

Der Gesetzentwurf des Bundesrats zur Streichung der Sozialhilfe für „geduldete“ Flüchtlinge wurde am 26. März im Bundestag beraten. Die CDU will den Bundesratsantrag, der Menschen durch behördliches Handeln gezielt dem Hunger aussetzen will, noch verschärfen. Seehofer kündigte an, allen illegal eingereisten Flüchtlingen künftig die Sozialhilfe zu verweigern. Die SPD dagegen gibt sich im Bundestag „oppositionell“ und hat für den 29. April, also nach den Sachsen-Anhalt-Wahlen, eine Anhörung durchgesetzt. Sie kalkuliert offenbar, daß ihre Ländermehrheit im Bundesrat und die Unions- und FDP-Koalition im Bundestag die Verschärfung schon durchsetzen werden, während die Bundestagsfraktion scheinheilig „Opposition“ mimt.

M.A.I.-ABKOMMEN: Die Bundesregierung soll umgehend den Vertragsentwurf für das „Multilaterale Investitionsabkommen“ in deutscher Übersetzung veröffentlichen, verlangt die PDS-Bundestagsgruppe (Ds. 13/10083). Nach Auffassung der PDS muß ausreichend Zeit gegeben sein, um vor der Unterzeichnung des Abkommens, über das derzeit in der OECD verhandelt wird, eine öffentliche Debatte führen zu können. In seiner bisherigen Form soll Bonn den Vertrag nicht unterzeichnen, verlangt die PDS, da dieser „offensichtlich nationale Bestimmungen zu Tarif-, Umweltschutz-, Arbeits-, Sozial- oder Steuerrecht unterläuft und zu einer Politik des sozialen und ökologischen Dumpings führt.“

BIOETHIK-KONVENTION:

Die Unterzeichnung des vom Europarat beschlossenen Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin („Bioethik-Konvention“) stößt auf Widerstand. Ende März befaßte sich der Petitionsausschuß des Bundestags mit einer Petition, die den Bun-

destag auffordert, die Konvention nicht zu unterzeichnen, weil die Konvention u.a. Forschung an einwilligungs-unfähigen Menschen erlaubt, ebenso Transplantationen an solchen Personen. Diese „Bioethik“, so die Petition, sei mit den Menschenrechten unvereinbar. Diese hätten universalen Charakter und garantiertem jedem Menschen die Unverletzlichkeit seiner Person und die Unantastbarkeit seiner Würde. Die Mehrheit des Petitionsausschusses beschloß, die Petition dem Bundestag lediglich „zur Kenntnis“ weiterzuleiten. Gegen diese Herunterstufung der Petition stimmten Grüne, PDS und ein Mitglied der SPD im Ausschuß.

NS-MILITÄRJUSTIZ-OPFER: Bei der OFD Köln sind bisher 1010 Anträge auf Entschädigung für Opfer der NS-Militärjustiz gemäß der Entschließung des Bundestags vom 15.5.97 eingegangen. Das berichtete die Bundesregierung (Ds. 10/10105) auf eine Anfrage der PDS. Unter den 1010 Anträgen seien 665 von Betroffenen und 345 von Hinterbliebenen. Bis 26.3 waren 77 Anträge beschieden, davon 23 positiv, 54 negativ. Die negativen Bescheide richteten sich vor allem gegen Angehörige von Opfern der NS-Militärjustiz, die nach der Entschließung des Bundestags kaum Aussichten haben. Die Bundesregierung vertritt hier die Position, daß Angehörige nur entschädigt werden können, wenn die unmittelbar Betroffenen noch den Antrag auf Entschädigung eingereicht haben und während des Verfahrens sterben. Sonst gehen Angehörige in der Regel leer aus.

MIETRECHTSÄNDERUNG: Die Grünen haben einen Antrag eingebracht, der hinterbliebenen Haushaltangehörigen, die nicht verheiratet waren, nach dem Tod des Wohnungsmieters die Fortführung des Mietvertrags erleichtert. Dazu soll Paragraph 569 des BGB geändert werden (Ds. 13/9961). Bisher gilt eine solche Fortführung des Mietvertrags nur für Verheiratete. Diese Regelung, so die Grünen, sei eine „gravierende Erschwernis“ zum Beispiel für Wohngemeinschaften älterer Menschen und für nichteheliche, z.B. gleichgeschlechtliche Paare.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 2. April berät der Bundestag über die EU-Währungsunion und die Einführung des EURO. Am nachmittag geht es um die Einrichtung einer „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, deren Kampfauftrag schon im Namen klar ist, um die Wohnsituation alter Menschen und um Anträge von SPD und Grünen gegen Rüstungsexporte. Spät am Abend steht noch ein Antrag der PDS für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf der Tagesordnung. Am 3. April steht eine Beratung über Kanthers Versorgungsreformgesetz für den öffentlichen Dienst auf der Tagesordnung sowie die Anhebung des BAFöG.

Ein folgenschwerer Schritt

Von Wolfgang Meyer

Die überwältigende Mehrheit der Bundestags – insgesamt 554 Abgeordnete – stimmten in der vergangenen Woche für die NATO-Osterweiterung, nur 37 – die PDS-Gruppe, einige Bündnisgrüne und zwei Sozialdemokraten – äußerten ihr Nein zu dieser Entscheidungsfrage.

Auf den ersten Blick mögen nicht wenige die Argumente der Vertreter der CDU/CSU, der SPD und eines Teils der Bündnisgrünen zugunsten der NATO-Osterweiterung sehr werbewirksam gewesen sein. Da hieß es unter anderem, die Integration von Polen, Tschechien und Ungarn in den Nordatlantikpakt trage zur Stabilität in Europa bei. Poppe, einst DDR-Bürgerrechtler, erklärte, die „frei getroffene Entscheidung dieser Länder“ für einen NATO-Beitritt müsse respektiert werden. Rühe verstieg sich zu der Behauptung, mit der NATO-Osterweiterung werde die „stalinistische Spaltung Europas“ überwunden und die „Zukunftssicherung des 21. Jahrhunderts“ geschaffen. Ein Extra-Lob erhielt NATO-Voigt von der SPD, weil er seine Partei auf den uneingeschränkten Pro-Atlantikpakt-Kurs geführt hatte, was sich im Bundestag erneut bestätigte. Es erwies sich, daß es außenpolitisch bereits – wie auf verschiedenen Gebieten der Innenpolitik, siehe Lauschangriff – die Große Koalition gibt.

Eine eindeutige, klare Anti-NATO-Haltung nahm als Parteienvertretung nur

die PDS-Bundestagsgruppe ein. Sie hatte schon im Vorfeld nicht nur ihre Ablehnung bekundet, sondern versucht, Alternativvorschläge zur NATO-Osterweiterung einzubringen. Bei vorhandenem politischen Willen aller Seiten könnte die OSZE die wirksame gesamteuropäische Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent sein. Außerdem könnte die Schaffung eines völkerrechtlich respektierten Korridors kernwaffenfreier Staaten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer ein äußerst wichtiger vertrauenschaffender Schritt in Europa sein, der sicher auch zur dringend notwendigen Beseitigung der Kernwaffen weltweit beitragen würde. Apropos Kernwaffenfreiheit: Wäre es nicht von außerordentlicher Bedeutung, wenn die vielen jungen Leute, die sich mit Recht mutig dem Transport der gefährlichen Castor-Behälter in den Weg stellen, mit ebenso viel und vielleicht noch mehr Elan gegen die noch gefährlicheren Kernwaffen auf deutschem Boden kämpfen würden? Es wäre ein nicht zu überschätzender friedenspolitischer Schritt, wenn die Bundesregierung ihre Bereitschaft erklärte, an einer kernwaffenfreien Zone quer durch Europa teilzunehmen.

Aber zurück zum Bundestag: Wer einen zweiten Blick auf die Zustimmung zur NATO-Osterweiterung wirft, sich nicht damit abfindet, daß das nun praktisch abgehakt sei, wird zu dem Ergebnis kommen, daß es notwendig ist, ungeachtet der wohltonenden Sprüche der NATO-Befürworter in der BRD und anders



Vor allem die Rüstungsindustrien des Westens machen mit der NATO-Osterweiterung das große Geschäft.

wo die Folgenschwere dieses Schritts zu sehen und richtig einzuschätzen.

Fünf Argumente gegen die NATO-Osterweiterung

Erstens: Was die „freie Entscheidung“ dieser Länder betrifft, sind die Menschen dort – mit Ausnahme Ungarns – überhaupt nicht befragt worden. In Ungarn gab es einen Volksentscheid, durch den die Regierung infolge geringer Beteiligung die Zustimmung einer Minderheit des Volkes zum NATO-Beitritt erhielt.

Zweitens: Die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder sind von ihren Regierungen bisher nicht über die wahren Kosten der NATO-Mitgliedschaft aufgeklärt worden. Im Gegenteil, Berechnungen von offiziellen US-Institutionen wie des Budget Office des Kongresses, das von bis zu 124 Milliarden Dollar innerhalb von 15 Jahren sprach, wurden schnell als weit überzogen heruntergespielt. Auch in den jetzigen NATO-Mitgliedsstaaten wurde über die auf deren Bevölkerung zukommenden Kosten geschwiegen. Verteidigungsminister Rühe, der sich mit US-Forderungen konfrontiert sah, die europäischen NATO-Staaten, besonders

Über 100 000 Menschen feierten trotz Ausnahmezustand und türkischem Militär allein in Van und Diyarbakir das kurdische Newroz-Fest



Obwohl türkisches Militär praktisch den Ausnahmezustand verhängt hatte und zahllose Militärsperren die Straßen blockierten, feierten am 21. März in Kurdistan erneut mehrere hunderttausend Menschen das Newrozfest. Allein in Van kamen 50 000 Menschen zur Kundgebung, in Diyarbakir (Bild) beteiligten sich ebenfalls etwa 50 000 Menschen. Die Polizei griff die Kundgebung mit Hartgummigeschossen, Panzerfahrzeugen und Hunden an, Teilnehmer berichten von ca. 200 Verhafteten und vielen Verletzten. Auch Menschenrechtsdelegationen aus Europa wurden angegriffen, gegen einen italienischen Teilnehmer hat die Staatsanwaltschaft sogar 3 Jahre Haft beantragt. (rül, s. auch Seite 11)

die BRD und Großbritannien, müßten einen Großteil der Kosten tragen, sprach von „Humaninvestitionen“, die zunächst einmal ausreichen müßten. Die FAZ meinte dazu am 16.5.97: „Unstrittig aber ist eines: Je größer die NATO wird, desto höher werden die Kosten, die auf den Steuerzahler zukommen. Das ist ein trifftiger Grund, von Geld erst zu sprechen, wenn vollendete Tatsachen geschaffen sind.“

Drittens: Es darf sehr bezweifelt werden, daß die NATO-Osterweiterung den Beitrittsländern und Europa Stabilität bringt, es sei denn, sie wird vorübergehend mit NATO-Waffen-Gewalt erzwungen. Die Herstellung der NATO-Kompatibilität der drei Armeen – neue Kommunikationssysteme, neue Waffen, neue Strukturen – wird die Budgets der Beitrittsländer außerordentlich belasten. Die Kosten dafür werden zuungunsten von Teilhaushalten für soziale Ausgaben, Gesundheitswesen und Bildungswesen beglichen werden müssen und die ohnehin vorhandene soziale Krise vertiefen.

Viertens: Einzige Nutznießer der NATO-Osterweiterung werden die Rüstungskonzerne der NATO-Staaten sein, besonders der USA und der Bundesrepublik, die schon unterwegs und in den Ländern sind, um die Riesengeschäfte vorzubereiten und zu tätigen.

Fünftens: Schließlich ist Rühes heuchlerisches Argument, mit der NATO-Osterweiterung werde die „stalinistische Spaltung“ Europas überwunden, schnell zu widerlegen, ohne sich jetzt auf einen historischen Rückblick einlassen zu müssen. Nicht nur bleibt die Spaltung Europas, denn Rußland wird trotz der völkerrechtlich unverbindlichen „Grundakte NATO-Rußland“ ausgegrenzt. Auch andere Staaten Europas bleiben sicherheitspolitisch außen vor. Mehr noch: Über NATO- und EU-Osterweiterung ist die herrschende Klasse der BRD bestrebt, ihre Positionen im osteuropäischen Raum zu festigen und auszubauen. Osteuropa ökonomisch und militärisch zu durchdringen, hieße, den Weg zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und darüber hinaus zu beschreiten. Schon träumen Exponenten dieses Dranges nach Osten davon, daß „Deutschland eines Tages auf diesem Weg das zufallen wird, was das Deutsche Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte – die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnepr und Don“.

Angesichts dessen kommt auf die Friedenskräfte in der Bundesrepublik und in Europa eine große Verantwortung zu. Aufklärungsarbeit, Vernetzung und Aktionsfähigkeit werden erforderlich sein, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Wolfgang Meyer ist Mitglied der AG Mittel- und Osteuropa in der AG „Frieden und internationale Politik“ (FIP) beim PDS-Parteivorstand.

Vom SPD-Wahlprogramm

Dienstboteneingang ins Arbeitsleben

Das Wahlprogramm der SPD liegt seit dem 18. März vor. Der Text erfüllt verschiedene Funktionen. Einmal deutet er an, wie eine SPD-geführte Regierung zu regieren beabsichtigte. Ob es dazu kommt, ist ungewiß, und was wirklich geschehe, wenn es dazu käme, wäre noch einmal etwas anderes. Eine reale Funktion hat der Text als Erzählung, als Geschichte vom guten Leben, von der Gesellschaft, wie sie sein sollte und könnte. Als solche Erzählung, gemischt aus Hoffnungen, Beschreibungen der Realität, Versprechungen, schlägt die Geschichte das Publikum in Bann und macht es den Absichten der Erzähler zugänglich. Wie eine Geschichte gemeint ist, wird oft durch Be- trachtung einer Einzelheit klarer.

Wie bekannt, ist die Verteilung der Einkommen ungleich. Neben die große Ungleichheit, Lebensunterhalt aus Lohnarbeit zu gewinnen oder aus Vermögen, ist in den hochkapitalistischen Ländern eine weitere getreten. Im sozialen Geschehen haben sich Lebensläufe verfestigt, die mit einem dauerhaft über den Produktionskosten gelegenen Einkommen verbunden sind, und solche, die auf unzureichende Beschäftigungsangebote treffen und öffentliche Leistungen brauchen, um überleben zu können.

Im neoliberalen Bürgertum ist daraus die Idee entstanden, das Dienstbotenwesen wieder aufleben zu lassen. Die entsprechenden Steuerbegünstigungen wurden besonders von der FDP durchgeföhnt, haben aber nicht richtig gegriffen.

Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens, wenn auch in vielen Selbständigen- oder auch gehobenen Lohnabhängigenpositionen sehr gut verdient wird, so gut, daß ein Lebensstil entwickelt werden könnte, in dem Hauspersonal Platz hat, wird dann aber doch nicht verdient. Schon allein der Platz! Villa! Park! Also, da ist es oft noch weit hin. Zweitens: Die alten Dienstbotenklassen, noch um die Jahrhundertwende Millionen im Deutschen Reich, lösten sich auf, sobald andere Arbeitsangebote entstanden. Die Menschen flüchteten aus der doppelten Umklammerung von Arbeit und Leben, die mit dem Dienstbotendasein verbunden ist, sie scheuen solche Existenz noch heute. Aber die ökonomischen Gegebenheiten, hier ein Überfluß, da keine Aussicht auf gesicherte Beschäftigung, sind da.

Was macht die SPD daraus?: „Große Arbeitsplatzpotentiale bestehen auch bei personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Dazu zählen z.B. Pflegehilfe, Kinderbetreuung, Haushaltarbeiten, ergänzende Dienstleistungen im Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe und einige einfache handwerksähnliche Dienstleistungen.“

Diese Beschäftigungschancen führen

oftmals deshalb nicht zu konkreten Arbeitsplätzen, weil die Dienstleistungen zu teuer sind. Auf der anderen Seite reichen die hier zu erzielenden Löhne für potentielle Beschäftigte nicht aus, um von ihnen existieren zu können.

Mit einer gezielten Entlastung bei Steuern und Abgaben wird die SPD-geführte Bundesregierung die Kosten der Arbeit verringern und gleichzeitig die Nettolöhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Dadurch werden wir die Beschäftigung im Dienstleistungssektor erhöhen.

Wir wollen das Angebot für haushaltsbezogene Dienstleistungen in privaten Serviceagenturen bündeln und dort reguläre und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse mit existenzsichernden Löhnen schaffen. Bei Bedarf kann jeder Haushalt die Leistungen dieser Vermittlungsagentur für die gewünschte Zeit abrufen. Die Bezahlung der Dienstleistung erfolgt zum Teil durch den privaten Haushalt selbst, zum anderen Teil durch Dienstleistungsgutscheine, die für jeden privaten Haushalt erhältlich sind.

Die Kosten der Gutscheine übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit. Dadurch werden die Kosten der Arbeit für die privaten Haushalte so verbilligt, daß auch Normalverdienende sich Haushaltshilfen leisten können und damit der gewünschte Beschäftigungseffekt erreicht wird. Durch diese neuen Arbeitsplätze spart die Bundesanstalt für Arbeit Geld, das sie sonst für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ausgeben müßte. Damit entspricht dieses Dienstleistungs-Konzept dem Grundsatz: Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit bezahlen.“

Was wird hier in Gang gesetzt? Erstens wird eine wichtige Voraussetzung zur weiteren Verschlechterung der öffentlichen Einrichtungen zur Daseinsvorsorge geschaffen. Größere Kreise als jetzt können auf fehlende Kinderversorgung, auf Schulen, die ohne Nachhilfe nicht zu schaffen sind, privat reagieren. Für sie werden Probleme entpolitisiert. Zweitens wird das Dienstleistungsangebot differenziert, zwischen „kein Kindergarten“ und „pädagogisch vorgebildete Fachkraft zu ihrer Verfügung“. Drittens wird gesellschaftsfähig, sich bedienen zu lassen. Viertens hat man Personal auf Probe, also alle Vorteile der patriarchalen Haushaltsorganisation ohne den Nachteil einer dauerhaften Verpflichtung.

Ist die Sache praktisch bedeutsam? Schwer zu sagen. Jedenfalls zeigt der Versuch, eine strukturelle Ungleichheit innerhalb der arbeitenden Klassen zu verstetigen, daß sich was am Text des sozialdemokratischen Liedes ändert: „Wann wir schreiten Seit an Seite“ – am Dienstboteneingang trennen sich die Wege. maf

Stoppt Karlsruhe moderne Sklaverei im Knast?

Am Mittwoch, den 18. März, hatte der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes unter der Gerichtspräsidentin Jutta Limbach Kläger, Anwälte und Experten zu einer mündlichen Anhörung geladen. Einmal mehr ging es um die Situation in den Gefängnissen, in diesem Fall die geringe „Entlohnung“, die Gefangene für die zu leistende Zwangsarbeit erhalten.

Damit fand erstmals seit der Existenz des BVG eine mündliche Anhörung über Probleme von Strafgefangenen statt, was immerhin den Hinweis zuläßt, das Gericht messe der Sache einige Bedeutung bei. Anlaß für das Verfahren war die Verfassungsklage von 4 Strafgefangenen sowie eine Vorlage des Landgerichts Potsdam. Die Gefangenen machen geltend, daß die derzeitige „Entlohnung“ von Gefangenen mit der Verfassung nicht vereinbar sei, sie verletze die Verfassungsgarantien zu Menschenwürde, Arbeit und Beruf. Zu der Anhörung hatte das Gericht nun neben Vertretern der Kläger und des Staates auch Experten geladen, um sich einen Überblick über die derzeitige Praxis zu verschaffen.

Mehr als 50 000 Strafgefangene sitzen in den bundesdeutschen Knästen, ihre Zahl hat übrigens in den letzten 3 Jahren um über 20% zugenommen. Arbeit im Knast bedeutet auch heute noch: Zwangsarbeit, Ausbeutung, Fremdbestimmung. Arbeit im Knast ist modernes Sklaventum. Strafgefangene sind zur Arbeit verpflichtet, wer sich weigert, wird bestraft. Ein Gefangener erhält für täglich 8 Stunden Arbeit durchschnittlich 9 DM, was einem ungefähren „Monatsverdienst“ von 200 DM entspricht. Hiervon wird ein Drittel zwangsweise bis zur Entlassung angespart, die restlichen zwei Drittel des Betrages hat der Gefangene für persönliche Bedürfnisse zur Verfügung, hiervon kann er also Telefonkarten, Briefmarken oder Nahrungs- und Genümmittel kaufen. Schuldenregulierung, eine Wiedergutmachung angerichteter materieller Schäden oder eine Unterstützung der Familie allerdings sind bei derartigen „Entlohnungen“ unmöglich, was bereits das im Strafvollzugsgesetz genannte Vollzugsziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft konterkariert.

Auch eine Verpflichtung zur Ausbildung existiert nicht, und obwohl gerade in den Knästen viele ohne Berufsschluß sind, ist die Ausbildung nach wie vor ein Stiefkind der Behörden. Sinnvolle Berufsausbildung und die Vermittlung von Kenntnissen für die Zeit nach der Entlassung sind die Ausnahme. Dem Gefangenen ist vielmehr „wirtschaftlich ertragbare Arbeit zuzuweisen“ wie es in den Vorschriften heißt. Kein Wunder: zwischen 6 und 13 DM pro Stunde kassieren

die Justizverwaltungen von Unternehmen, die Arbeit in die Gefängnisse geben – die Gefangenen erhalten hiervon ca. eine DM. Eine Erhöhung dieser „Dritte-Welt-Löhne“ war bereits für 1980 verbindlich zugesagt, wurde aber immer wieder verschoben.

Doch als sei dies alles nicht genug, sind Gefangene bis heute auch von der Sozialversicherung ausgeschlossen. Sie zahlen weder Kranken- noch Rentenversicherung, lediglich ein Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird seit einigen Jahren gezahlt. Auch die Einbeziehung in die Sozialversicherung war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Strafvollzugsgesetzes bereits vorgesehen, wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt.

Heinz Lanfermann (FDP), Staatssekretär im Bundesjustizministerium, und der bayerische Justizminister Hermann



Leeb erklärten in der Anhörung übereinstimmend, zwar sei eine Erhöhung des Arbeitslohnes sowie die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung „wünschenswert“, die gegenwärtige Praxis sei jedoch durchaus verfassungsgemäß, und eine Änderung dieser Praxis müsse man mit Hinweis auf die hohen Kosten zurückweisen. Wie Lanfermann erklärte, müsse man berücksichtigen, daß der Staat schließlich „für Unterkunft, Essen, Kleidung und ärztliche Versorgung der Häftlinge aufkommt“. Und der bayerische Justizminister machte deutlich, daß allein eine Erhöhung des jetzt für den sog. Ecklohn maßgeblichen Prozentsatzes von 5% (des durchschnittlichen Einkommens aller Versicherten in der Rentenversicherung) auf etwa 20% den bayerischen Staatshaushalt mit 136 Millionen DM belasten würde, was nicht hinnehmbar sei. Die Rechtsanwälte der Kläger verlangten hingegen eine „angemessene Vergütung“ sowie die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung, gerade der Ausschluß von der Rentenversicherung sei „an Ungerechtigkeit schwerlich zu überbieten“.

Der als Berichterstatter zuständige Richter Konrad Kruis, der CSU-Mitglied ist und in den nächsten Monaten in den Ruhestand gehen wird, stellte an die geladenen Experten u.a. die Frage nach der Entlastung der staatlichen Haushalte, wenn Gefangene selbst Haftkostenbeiträge (monatlich 400 bis 600 DM), Unterhaltsgelder, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen könnten. Daß es in dem Verfahren wohl nicht darum gehen wird, für Gefangene eine tarifähnliche Entlohnung einzuführen, ist bereits jetzt ziemlich klar. Ob allerdings das haushaltrechtliche Argument der angeblich leeren Kassen und damit der Unmöglichkeit der Finanzierung schwerer wiegen darf als der grundrechtliche Gleichheitsgrundsatz und andere Verfassungsgrundsätze, muß das Gericht beantworten. Im Mai will das Bundesverfassungsgericht sein Urteil verkünden. jes

Agenda 2000

Eine Zukunft für wen?

Von Wolfram Triller

Am 16. Juli 1997 hatte die Europäische Kommission eine Agenda 2000 vorgelegt. Sie enthielt Reformvorschläge für verschiedene Bereiche der EU-Politik und ihre Finanzierung für den Zeitraum 2000 bis 2006. Mit der Agenda 2000 sollen vor allem die Voraussetzungen für die geplante Osterweiterung und die bevorstehenden Verhandlungen im Rahmen der WTO geschaffen werden. Inzwischen wurden die Reformvorschläge weiter präzisiert.

Im öffentlichen Bewußtsein wurde die Agenda 2000 bisher kaum wahrgenommen und stand ganz im Schatten der Diskussion um den EURO, mit einer Ausnahme. Im Agrarbereich hat sie leidenschaftliche Diskussionen ausgelöst. Fast könnte der Eindruck entstehen, die Agenda 2000 beschäftigte sich nur mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und berührte andere Politikbereiche gar nicht. Dabei geht es z.B. auch um die Neugestaltung der Regionalpolitik, die damit verbundenen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Struktur- und Kohäsionsfonds sowie um die Heranführungsinstrumente der EU-Osterweiterung.

Daß die Agenda 2000 besonders die Bauern aufgeschreckt hat, hängt vor allem damit zusammen, daß etwa 50 Prozent der Mittel der EU für den Agrarbereich ausgegeben werden und hier einschneidende Veränderungen vorgesehen sind. Hinsichtlich der GAP sind in der Agenda 2000 folgende Ziele konzipiert:

- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Agrarunternehmen, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden
- Gewährleistung der Lebensmittelqualität

→cherheit und -qualität

- Sicherung angemessener Einkommen der in der Landwirtschaft (verbleibenden) Beschäftigten
- Einbeziehung der Umweltziele in die GAP
- Schaffung von Beschäftigungs- und Einkommensalternativen für die Landwirte und ihre Familien
- Vereinfachung der EU-Rechtsvorschriften

Diese Ziele sollen vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Senkung der Interventionspreise bei Getreide (20%), Rindfleisch (30%) und Milch (15%). Parallel dazu sollen die Ausgleichszahlungen erhöht und zusammen mit weiteren Zahlungen an umweltgerechte Produktion gebunden werden.
- Neustrukturierung der Fördergebiete, der dafür einzusetzenden Fonds und der Kriterien für die Mittelinanspruchnahme, z.B. Bindung an das Niveau der Arbeitslosigkeit.
- Beibehaltung der bisherigen Mittelführung zum EU-Haushalt und Finanzierung des Anpassungsprozesses die neu aufzunehmenden osteuropäischen Länder aus den Mitteln, die die EU durch das erwartete Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren zusätzlich einzunehmen hofft.

• Erweiterung der Möglichkeiten für die einzelnen EU-Staaten, den Einsatz der von der EU bereitgestellten Mittel für die verschiedenen Politikbereiche entsprechend den nationalen Besonderheiten (unter Berücksichtigung der von der EU vorgegebenen Rahmenbedingungen) zu differenzieren.

Obwohl die Ziele und Maßnahmen auf den ersten Blick als ein vernünftigen Reformansatz erscheinen, gab es prinzipielle Einwände angefangen vom Deutschen Bauernverband über den Raiffeisenverband, die Umweltverbände, die Parteien, viele andere Organisationen bis hin zur Bundesregierung.

Es ist die berechtigte Sorge des Bauernverbandes, daß durch die preissenkungsbedingten Ausgleichszahlungen die Abhängigkeit der Bauern von öffentlichen Mitteln weiter verstärkt wird und diese zukünftig nicht garantiert sind.

Schon heute machen die Einkommensübertragungen etwa 50 Prozent der landwirtschaftlichen Einkommen aus. Sie würden durch die neuen Regelungen bei einzelnen Betrieben auf bis zu 100 Prozent anwachsen. Wenn dann hinter vorgehaltener Hand von einem „Gleitflug“ der Ausgleichszahlungen auf Null die Rede ist, sind die Existenzsorgen der Bauern verständlich.

Die Senkung der Interventionspreise trifft die einzelnen Produktionsrichtungen und damit die spezialisierten Agrarbetriebe unterschiedlich und führt zu einer Umverteilung, gegen die sich die negativ Betroffenen ebenso energisch wehren wie die, die von der Obergrenzen bei Rindern betroffenen sind.

Zu einer Katastrophe für die Betriebe

in Ostdeutschland könnte der Versuch werden, die Ausgleichszahlungen generell nach oben zu begrenzen. Damit würde die Benachteiligung der LPG-Nachfolgebetriebe weiter verstärkt.

Die Bundesregierung befürchtet, daß durch die Veränderungen der GAP für die Landwirtschaft in Deutschland etwa 4 Mrd. DM weniger Mittel zur Verfügung stehen, 1,5 Mrd. davon in Ostdeutschland. Die deutsche „Nettozahlerposition“ würde sich damit weiter verschlechtern. Andererseits besteht Minister Wiegel darauf, die deutschen Zahlungen an die EU von vornherein zu reduzieren.

Der Agrarpolitische Sprecher der PDS: „Das Wesen der Agenda besteht in der umfassenden Durchsetzung der Globalisierungs- und Liberalisierungspolitik, in der Unterordnung der Landwirtschaft unter die Gesetze der globalen Kapitalverwertung“.

Mit der Agenda 2000 wird ein Verdrängungswettbewerb inszeniert, der zur Vernichtung von mehreren Hunderttausend Bauernexistenzen allein in Deutschland führen würde. Dieser „Wettbewerb“ würde letztlich alle übrigen Agenda-Ziele außer Kraft setzen. Die Orientierung auf den Weltmarkt, auf den Agrarexport hätte die Zerstörung der „nicht wettbewerbsfähigen“ Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern, ja selbst in den neu aufzunehmenden osteuropäischen Ländern (mindestens für eine gewisse Zeit) zur Folge. Statt sozialem Ausgleich würde sich die Spaltung zwischen arm und reich vertiefen. Mehr Wettbewerb würde eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die regionalen Entwicklungsfonds in der EU erfordern, was allerdings (vor allem von Deutschland) entschieden bekämpft wird. Soziale- und Umweltstandards werden sich als bürokratisch kaum umsetzbar erweisen, solange nicht versucht wird, die Produktionsweise generell umzustellen. Es besteht sogar die Gefahr, daß sie als Instrument der Marktabstschottung missbraucht werden. Denn diese Standards kosten Geld, das diejenigen, die unter den Standards produzieren nicht haben.

Bis für Agenda 2000 ein „Kompromiß“ gefunden sein wird, wird noch mindestens ein Jahr vergehen. Da es um viel Geld geht, wird die Öffentlichkeit in hoher Maße einer Desinformationskampagne ausgesetzt sein. Unter dem Schlagwort „Sicherung des Agrarstandorts Deutschland“ werden die nationalistischen Gefühle angeheizt werden.

Damit die Agenda 2000 nicht nur ein Konzept für die Zukunft des Kapitals sondern auch für die Bürger werden kann, ist waches Interesse, aktive Einmischung und energischer Widerstand notwendig.

Wolfram Triller ist Mitarbeiter des PDS-Bundestagsabgeordneten Maleuda.

Aus Platzgründen wurde sein Beitrag geringfügig gekürzt.

Landtagswahl Sachsen/Anhalt

Testfall für die PDS für die Bundestagswahl?

Bis zu den Wahlen zum Landtag in Sachsen/Anhalt verbleibt nicht mehr viel Zeit, um umzudisponieren oder umzudirigieren: Alle beteiligten Parteien haben sich für die zukünftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Land schon einigermaßen festgelegt.

Die SPD, die 1994 mit einigen Zehntel Prozenten weniger Stimmen als die CDU eine Koalition mit dem Bündnis 90/Die Grünen einging, will allein regieren, lieber aber wieder noch mit ihm koalieren. Die PDS kann wieder Tolerierungspartner sein, soll jedoch keineswegs an der Regierung beteiligt werden, was auch für die CDU gilt. Die CDU, die sich trotz schlechter Voraussagen noch eine Chance ausrechnet, erklärt ihre Bereitschaft, mit der SPD eine Koalition einzugehen. Die PDS will die Wahl in Sachsen/Anhalt zum „Waterloo für Kohl“ machen und schon im April ein Signal für den notwendigen Regierungswechsel in Bonn setzen. Dazu ist sie bereit, das „Magdeburger Modell“ fortzusetzen oder sich sogar an der Regierungsausübung zu beteiligen. Die Bündnisgrünen möchten gern die bisherige Konstellation wiederholen, haben aber wenig Chancen, die 5%-Hürde zu überspringen. Die FDP spielt in den Kalkulationen in Magdeburg im Moment keine Rolle.

Im wesentlichen gibt es nichts mehr hinzuzufügen oder wegzunehmen. Alles weitere entscheidet der Wahltag.

Mit Blick auf den Bundeswahlkampf ist Sachsen/Anhalt Schauplatz aktueller Wahlschlachten geworden. Die SPD holt Günter Grass ins Land, der für Rot-Grün wirbt und von Bergner, dem CDU-Chef, faktisch des Landes verwiesen wird, indem er erklärt, er solle aufhören, als politischer Tourist durch das Land zu ziehen und von Dingen zu reden, von denen er nichts versteht. Allerdings versteht Grass aber soviel von der Bundespolitik, daß er die PDS noch lange Jahre in die Opposition verdammen möchte, da ihr Bezug auf den „demokratischen Sozialismus“ unpassend für die SED-Nachfolger sei. Die CDU bietet ihre Rammesmaschinen Pfarrer Hinze und Asylverweigerer Kanther auf, um Stimmung für die CDU zu machen.

Die PDS tourt mit einer großen Mannschaft durch die Lande und erklärt mit der Stimme Gregor Gysis, daß die Basis der PDS eine Regierungsbeteiligung der PDS wünscht. Zwei Signale soll die Landtagswahl in Sachsen/Anhalt nach Bonn aussenden: Kohl muß abgewählt werden und die PDS zieht wieder in den Bundestag ein. Für Sachsen/Anhalt bedeutet das: Wenn die PDS ihren Stimmenanteil erhöht, wird sie nicht ohne klare Vereinbarungen mit der SPD in die

nächste Runde gehen. Die PDS scheue keineswegs eine Regierungsverantwortung.

Ministerpräsident Höppner, der auf einen bedeutenden Stimmenzuwachs für die SPD nach der Nominierung Schröders zum Kanzlerkandidaten hofft, möchte allein regieren und eine Tolerierung durch die PDS ausschließen. Höppner ist sich durchaus seiner spezifischen Lage als SPD-Mann im Osten bewußt. Er weiß sich in einem ostdeutschen Land mit Problemen konfrontiert, die keiner seiner Kollegen in diesem Maße in den alten Bundesländern kennt: Sachsen/Anhalt hat die höchste Arbeitslosenrate der Bundesrepublik zu verzeichnen. In keinem anderen Lande ist die Deindustrialisierung mit solchen Konsequenzen verbunden wie in Sachsen/Anhalt. Er hat in seiner Regierungszeit eine Neuverschuldung von rund 500 Millionen DM verursacht, was mit 8 000 DM pro Einwohner eine doppelt so hohe Verschuldung wie in Sachsen ausmacht. Anhänger und Gegner des „Magdeburger Modells“ sehen das als politischen Preis für die Tolerierungspolitik der PDS, die darin ihren wesentlichen Nachteil hat, auch für Ergebnisse zu haften, die im Landtag so nicht beschlossen wurden.

Ergebnisse der Politik der PDS in Sachsen/Anhalt sind aufzählbar. Sie wurden durch die PDS im Landtag im Interesse der Menschen durchgesetzt. Verhindert wurde die Streichung von 135 Millionen DM an Kommunalzuweisungen, 40 Millionen wurden für die Sanierungsfonds für in Not geratene Betriebe bereitgestellt, 20 Millionen für den Öffentlichen Personennahverkehr abgerungen, für ein Jugendstellenprogramm wurden 10 Millionen DM erstritten usw. Jedoch sind sich die PDS-Verantwortlichen in Magdeburg durchaus darüber im klaren, daß nach der Entscheidung im Landtag die Ausführungsmacht bei der Regierung liegt und darauf kaum Einfluß genommen werden kann. Taucht die Frage auf, ob sich bei einer Regierungsbeteiligung durch die PDS dieser Mißstand verhindert werden kann. Fragen, die gegenwärtig nicht beantwortet werden können. Die PDS will deshalb Vereinbarungen mit der SPD vor der Wahl am 26. April abschließen, um eine Entscheidung zur Regierungsbeteiligung nicht von Zufällen abhängig zu machen.

Die PDS vermeidet es aber, Maximalforderungen an die Adresse der SPD zu formulieren. Gefordert werden von Höppner Punkte wie, den SPD-Wirtschaftsminister Schucht nicht wieder zu nominieren, das atomare Endlager Morsleben zu schließen und entschiedene Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosenrate einzuleiten. In der PDS sind durch vorausgegangene Debatten die Signale erneut auf Tolerierung und Mitregieren gestellt. Die Debatte um die Nominierung Dieter Kollwigs, eines ehemaligen Mitarbeiters des MfS, hat deutlich gemacht, daß sowohl die Basis als auch

die PDS-Führung in Magdeburg, aber mehr noch die PDS-Fraktion im Landtag, auf das bisherige Konzept setzen und alles vermeiden wollen, was verhindern kann, die PDS einen Schritt näher an die Regierungsbeteiligung heranzubringen und für Bonn alle Möglichkeiten eines erneuten Einzugs in den Bundestag offen zu lassen. Ob die vorhandenen Konzepte ausreichen, wird die Zeit nach der Wahl zeigen. Scheitert die PDS auf diesem Wege, wird es zu einer neuen Strategiedebatte in der PDS kommen. abe

können. Am Samstag in Fulda hat man sich schon darauf geeinigt, in Berlin und in Frankfurt/Main jeweils ein Organisationsbüro einzurichten, das ab Montag Zug um Zug die Arbeit aufnehmen soll. Beide Büros werden unterschiedliche Aufgabenstellungen zu erledigen haben, und in beiden Büros werden zügig Telefon, Telefax genauso installiert wie ein Internet-Anschluß und eine E-Mail-Adresse.

So wie z.B. auch die französischen Arbeitslosenaktionen per Internet organisiert werden, wollen wir auch ein gemeinsames Netzwerk mit Hilfe von Internet in der Bundesrepublik aufbauen.

Neben diesen praktischen und organisatorischen Festlegungen wurde der endgültige Aufrufstext als gemeinsame Plattform einer Schlußredaktion unterzogen und in der beiliegenden Form beschlossen. (Auszüge wurden in unserer letzten Ausgabe bereits dokumentiert, Einfügung d. Red.)

Es werden nun Buttons hergestellt, Plakate gedruckt, weitere Informationsmaterialien erstellt, aber auch die regionalen und landesweiten Anlaufadressen zusammengestellt.

Die Gewerkschaft Holz/Kunststoff ruft schon jetzt bundesweit für die Demonstration am 20. Juni auf, und die Bundesgremien der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen haben beschlossen, alle regionalen Bezirksorganisationen zu bitten, sich aktiv an der regionalen Vorbereitung der Demonstration zu beteiligen. Auch viele DGB-Kreise in West- und Ostdeutschland sind schon jetzt aktiv mit den Vorbereitungen beschäftigt. Stellvertretend seien genannt die DGB-Kreise Nürnberg, Halberstadt und Mittelhessen ...

In allen Bundesländern werden sich jetzt gemeinsam mit den unterschiedlichen Strömungen, Verbänden und Institutionen Landeskoordinationen bilden, so wie schon jetzt in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen und in Thüringen Landeskoordinationen gebildet sind.

„Die Arbeit der Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung wird damit einen anderen Charakter bekommen“, so Bodo Ramelow für die Erstunterzeichner, „denn die Demo wird eine bundesgesellschaftliche Angelegenheit von vielen Verbänden sein, aber der Ansatz der Erfurter Erklärung wird nach der Demonstration und der hoffentlich von einer rot-grünen Mehrheit gewonnenen Bundestagswahl gebildeten Bundesregierung dringender denn je sein, denn wir brauchen nicht nur eine andere Regierung, sondern eine andere Politik.“ ...

Ein Höhepunkt in der bevorstehenden Bundestagswahlauseinandersetzung wird die Demonstration am 20. Juni sein, zu der wir hoffen, weit über 100 000 Menschen mobilisieren zu können.

*Erfurt, den 26.3.98.
Infos über: Kulturverein Mauerbrechen,
Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Telefon 0361/5961220, Fax 0361/6599899*

Aufstehen für eine andere Politik

Koordinierung für bundesweite Demo am 20. Juni in Berlin gebildet

Der „Kulturverein Mauerbrechen“, Kontaktstelle der „Erfurter Erklärung“, teilte am 26. März mit, daß sich am vorherigen Wochenende in Fulda die Koordinierung für die auf dem „Bochumer Ratschlag“ beschlossene bundesweite Demonstration am 20. Juni in Berlin gebildet habe.

Dem Bundeskoordinierungsrat gehören derzeit 23 Vertreter der unterschiedlichsten Institutionen an und einige Plätze werden bewußt freigehalten, um noch weiteren bundesweiten Organisationen und Sozialverbänden die Möglichkeit zu geben, sich mit eigenen Ideen an der weiteren Arbeit zu beteiligen.

Für die Erfurter Erstunterzeichner werden zukünftig im Bundeskoordinierungsrat Horst Schmitthenner (IG Metall Vorstand Frankfurt), Bodo Ramelow (hbv-Landesvorsitzender Thüringen) und Eckehard Spoo (Journalist) wirken.

Zu den jetzt schon aktiv Beteiligten gehören: Das Netzwerk der Studentenschaften, eine Landesvertretung des ALV und die Ali Thüringen. Zukünftig sollen noch der ALV-Vorstand und die Bundeskoordinierungsstelle der Arbeitsloseninitiativen in Bielefeld beteiligt werden.

Aus dem Bereich der Friedensbewegung sind die Friedensnetzwerke genauso vertreten wie Initiativen aus dem Ostermarsch-Bereich.

Aus dem kirchlichen Spektrum werden KAIROS in Europa, aber auch die kirchlichen Basisorganisationen vertreten sein.

Arbeitsloseninitiativen, Studentenschaften, kirchliche Basisgruppen, Friedensnetzwerke und Vertreter aus dem Bereich VVN, BdA genauso wie Flüchtlingsorganisationen werden zusammen die Vorbereitung für die Großdemonstration am 20. Juni 1998 tragen.

Alle 14 Tage wird die Bundeskoordination zusammen treten und die weiteren Etappen besprechen, damit kontinuierlich die Vorgehensweise unter all den unterschiedlichen Strömungen vernetzt, abgesprochen und vereinbart werden

Die baskischen Gewerkschaften kämpfen für Arbeitsplätze

PP blockiert Verhandlungslösung im Baskenland

Von Manfred Ostrowski

Der Präsident der Regierung des autonomen Baskenlandes, Aranza (PNV/Baskische Nationalpartei) legte am 11. März den Parteien des Anti-ETA-Paktes einen Plan für eine „zweite Phase“ der Befriedung des Baskenlandes vor. Aranza meint, die Parteien des Anti-ETA-Paktes sollten mit Herri Batasuna Verhandlungen aufnehmen, wenn die ETA den bewaffneten Kampf eingestellt hat, und im Dialog mit Herri Batasuna ein friedliches Ende des baskischen Konflikts anstreben („final dialogado“).

Irtugaiz, Vorsitzender der rechten PP im autonomen Baskenland, wies den Plan Aranzas sogleich energisch zurück. Ein Treffen der Mitglieder des Anti-ETA-Paktes am 17.3. schiede kläglich, weil PP und auch PSOE bei ihrer Position blieben, keinen Dialog mit HB zu führen, auch wenn die ETA einen Waffenstillstand verkündet. Wieder standen sich PNV, EA (Baskische Sozialdemokraten) und IU (Vereinigte Linke) auf der einen und die Gegner des baskischen Selbstbestimmungsrechtes, PP und PSOE, auf der anderen Seite gegenüber. Die baskischen Gewerkschaften ELA (PNV/EA) und LAB (HB), die die Mehrheit der Arbeitnehmerschaft im Baskenland vertreten, kritisierten in einer gemeinsamen Erklärung PP und PSOE hart und beschuldigten die beiden gesamtspanischen Parteien antidemokratischer Positionen.

HB schlug den dialogbereiten Parteien PNV, EA und IU nach dem Zerbrechen des Anti-ETA-Paktes vor, miteinander einen Weg zu einer Normalisierung der politischen Lage abzustimmen. Arnaldo Otegi, neuer Sprecher HBs, beharrte darauf, daß die Lösung des Konflikts im Baskenland nur über eine demokratische Übereinkunft zwischen den Parteien zu erreichen sei, die meinten, daß die Basen das Recht haben müßten, frei über ihre Zukunft zu entscheiden. Gemeinsam müsse man Madrid davon überzeugen, daß man sich trotz seines Veto „in Marsch setzen“ werde. Arnaldo Otegi: „Wir sind bereit, PNV, EA und IU zu zeigen, daß das Sinnvollste für die Befriedung die Zusammenarbeit mit HB bei der Konstruktion eines freien Baskenlandes ist, in einem demokratischen Rahmen ohne Begrenzungen.“

EA und IU warten aber auf ein Signal HBs, den bewaffneten Kampf der ETA nicht mehr gutheißen zu wollen. Für EA erklärte ihr stellv. Generalsekretär Rafa Larreina: „Wenn HB sich nur von der Strategie der ETA unabhängig machen würde und sich entschiede, in demokratischem Rahmen Politik zu machen!“ Es sei nicht gut, wenn ein Teil der Wähler-

schaft „am Rand des demokratischen Spiels“ stünde. Der Generalkoordinator der Vereinigten Linken in Euskadi, Javier Madrazo, äußerte: „Es ist keine Zusammenarbeit mit HB möglich, solange HB sich nicht von der ETA abgrenzt und von der Gewalt distanziert.“

Derweil versucht die regierende PP, möglichst viele Mitglieder, Sympathisanten oder auch nur Kontaktpersonen der ETA ins Gefängnis zu bringen. Vom 19. bis 23. März wurden 21 Personen in Euskal Herria und in Sevilla wegen des Verdachts der Unterstützung der ETA oder wegen angenommener ETA-Mitgliedschaft verhaftet. Die meisten Verhafteten wurden gefoltert, Familienangehörige

luden, bekundete zwar am gleichen Tag den Willen seiner Partei, weiter mit der spanischen PP-Regierung zu reden und zusammenzuarbeiten, sagte aber gleichzeitig, daß es von einer streng juristischen Position aus gesehen „sehr gefährlicher Unfug“ gewesen sei, die Mesa Nacional HBs ins Gefängnis zu stecken: „In einem Moment, in dem wir der Zentralmacht wirklich lästig sind, könnte auch die PNV ins Gefängnis kommen.“

Das gewerkschaftliche Bündnis von ELA (PNV/EA) und LAB (HB) bietet einen guten Ansatz, HB, EA und Teile der PNV-Basis zu gemeinsamem Kampf zusammenzuführen. Am 10. März trafen sich die Vertreter von ELA und LAB im



3500 Vertreter der baskischen Gewerkschaften ELA und LAB gaben am 5. März auf einer Versammlung in Gasteiz der baskischen Volksinitiative Rückendeckung, die eine Charta der sozialen Rechte durchsetzen will. Rosa Diaz (LAB) und Jose Elorrieta (ELA) übergaben dem Präsidenten des baskischen Parlaments Joseba Leizaola anschließend ein Unterstützungsschreiben ihrer Organisationen. (Bild: EGIN)

beklagten erneut die Verletzung der Rechte der Verdächtigen.

Der baskische Präsident Aranza erklärte am 23. März vor Fernsehkameras: „Viele in der PP glauben an einen polizeilichen Sieg über die ETA. Aber weder Franco mit einer Polizei von totaler Machtbefugnis noch die PSOE mit ihrer absoluten Mehrheit und den GAL konnten die Gewalt der ETA beenden. Am Ende wird man miteinander zu sprechen haben ... Ein Gesprächsprozeß wird früher oder später stattfinden, denn ich glaube nicht, daß es irgendeinen polizeilichen Sieg über die ETA geben kann, oder daß sich HB von einem Tag zum anderen und ohne irgend etwas erreicht zu haben, in das politische System Spaniens integriert.“ Zum Anti-ETA-Pakt meinte Aranza: „Die Mesa ist tot, das wissen wir unter uns.“

Der Präsident der PNV, Xabier Arzul-

Parlament von Gasteiz mit Repräsentanten von PNV, EA und HB, um ihnen ihre Kampagne „weniger Stunden, mehr Beschäftigung“ vorzustellen. Die gesamtspanischen Parteien PSOE, PP und IU waren von ELA und LAB ebenfalls eingeladen worden, doch von diesen erschienen keine Repräsentanten.

Die Gewerkschaften fordern die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden, den Wegfall von Überstunden und Vorziehung des Ruhestandes: „Damit kann man 100 000 Arbeitsplätze für Arbeitslose schaffen“. Zur Zeit sind in Euskadi 220 000 Personen arbeitslos, etwa 20% der aktiven Bevölkerung, „und das sind Leute, die arbeiten wollen, aber nicht können“. EA signalisierte vorsichtige Zustimmung zu der gewerkschaftlichen Kampagne, während HB die Forderungen von ELA und LAB schon seit geheimer Zeit im Programm hat. „Wir ha-

ben uns immer als Sozialisten definiert und fahren damit fort“, äußert der HB-Sprecher Arnaldo Otegi im Interview mit *egin*, der Kampf für gewerkschaftliche Forderungen sei ein geeigneter Weg hin zu einer solidarischen Gesellschaft mit mehr Gleichheit.

Am Samstag, den 28. März, demonstrierte eine breite baskische Gewerkschaftsfront, bestehend aus ELA, LAB, EILAS, ESK, EHNE, Hiru und Ezker Sindikala, in Irunea (Pamplona) für die 35-Stunden-Woche, einen Soziallohn und größere Gerechtigkeit in der Gesellschaft durch Verteilung der Arbeit und des Reichtums. Der Generalsekretär der Gewerkschaft ELA, Jose Elorrieta, betonte die Notwendigkeit, auf der Straße die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, und kritisierte die großen gesamtspanischen Gewerkschaften UGT und CCOO wegen ihrer unverständlichen Unterstützung für die unternehmerfreundliche und unsoziale sogenannte „Arbeitsreform“.

Für den 23.4. haben ELA, LAB und die mit ihnen verbündeten baskischen Gewerkschaften zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung aufgerufen. Zum Abschluß der ersten Phase ihrer Kampagne planen die Gewerkschaften eine gemeinsame Demonstration am 1. Mai in Bilbao.

Österreich

Anti-Nato-Kongreß

Die Regierung will im März ihren Optionenbericht vorstellen. Obwohl diese angeblich noch geprüft werden, steht die Marschrichtung jetzt schon fest. Mit der „Partnerschaft für den Frieden plus“ soll Österreich weiter Schritt für Schritt in die NATO integriert, ohne daß breiter Protest entsteht.

Der Anti-NATO-Kongreß soll dieser Opposition der Mehrheit, eine Stimme verleihen, die sie in den offiziellen Medien nicht erhält:

Die Regierung behauptet, man müßte „sparen“, baut die sozialen Errungenschaften ab und bürdet der Bevölkerung Jahr für Jahr neue Belastungen auf. Den NATO-Beitritt und die damit verbundene massive Aufrüstung kann die Regierung aber verantworten? Die Kosten dafür wird natürlich wieder die Bevölkerung zu tragen haben.

Wir sind gegen die NATO, weil sie weiteren Sozialabbau bedeutet. Lauschangriff, Rasterfahndung, Schengen und immer erweiterte Polizeibefugnisse sind Schritte zu einem autoritären Staat. Der NATO-Beitritt bedeutet die Militarisierung der Gesellschaft – engere Zusammenarbeit zwischen Heer und Polizei, Berufsarmee und die Tendenz zur Lösung sozialer Probleme mit repressiven Mitteln, also zu einem autoritären Staat. Wir sind gegen die NATO, weil wir für die Demokratie sind und keinen Polizeistaat wollen. Die NATO ist das Bündnis der Reichen gegen die Armen. Sie dient dazu, die Ausbeutung der „Dritten Welt“

unter dem Vorwand der Verteidigung der Demokratie militärisch abzusichern.

Wir sind gegen die NATO, weil wir für Gerechtigkeit und Solidarität und gegen eine aggressive Außenpolitik eintreten.

Ziele des Kongresses

- Der Anti-NATO-Kongreß soll alle NATO-Gegner zum Kampf gegen die Regierung zusammenschließen – denn nur gemeinsam sind wir stark!
- Eine freie Debatte über den Charakter der NATO soll es ermöglichen, weiter Schritte des Protests zu bestimmen und zu organisieren.
- Schließlich will sich der Kongreß in den Rahmen des internationalen Kampfes gegen die NATO stellen und von anderen durch diese bedrohten Ländern sowohl lernen als auch sie solidarisch unterstützen.

Der Kongreß fand am 28./29. März in Wien statt. Es gab u.a. Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- Rußland und die NATO-Osterweiterung (Ein Vertreter von Roskomsoyus, Union der Kommunisten Rußlands)
- Die Rolle der Türkei in der NATO und der Krieg gegen die Kurden (Erdemir Melik, Österreich-Vertreter der Kurdischen Nationalen Befreiungsbewegung – ERNK)
- Die NATO und die jugoslawische Tragödie (Ivan Pavicevac, Römische Koordination für Jugoslawien)

Der Anti-NATO-Kongreß wird unterstützt von:

Antiimperialistische Front, ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; Autonome Palästinagruppe, Demokratischer Weg, DHKC, ERNK, IML, KIW, KPÖ, KJÖ/Junge Linke, KSV, Neutralitätsbewegung-Wiener Koordination, Personenkomitee „Volksbefragung jetzt“, RBH, RKJ/rebel, RKL, Friedenswerkstatt Linz, GRAS, Guatemalainitiativ, MIR; Basisgruppe Boku, RAT zur Verteidigung des Kampfes der iranischen Völker.

Kontakt: Komitee „Anti-NATO-Kongress“, c/o 1., Schottengasse 3a/59, Wien, Tel: 01/ 53591 09. e-mail: antinato@comports.com (aus: CL-Netz)

US-Imperialismus will in Afrika aufmischen

Warum besucht Clinton nicht die DR Congo?

Wenn Clinton seine Afrika-Reise unternimmt, steht Kabillas Congo nicht auf seinem Besuchsprogramm. Obwohl die USA dazu beigetragen hatten, ihn gegen Mobutu zu unterstützen, sind die Sympathien seitdem nicht mehr so offen auf seiner Seite.

Dies hängt vermutlich nicht nur mit den propagandistisch vorgetragenen Forderungen nach „Demokratisierung“ (Albright) zusammen, sondern auch mit ökonomischen Veränderungen und ange schlagenen Verbindungen der US-Konzerne zu dem Land. Zunächst, was die Demokratisierung betrifft, sind die Verhältnisse im ehemaligen Zaire keineswegs harmonisch und auf Ausgleich bestimmt. Fast tägliche Berichte über (eth-

nisch begründete) Auseinandersetzung im Nord-Kivu-Gebiet, Meutereien durch Banyamulenge-Soldaten und ihre Forderungen nach stärkerer Beteiligung im Machtapparat, die einen großen Anteil an der Offensive gegen Mobutu getragen hatten, anhaltende Berichte über eklatante Menschenrechtsverletzungen sind zu lesen.

Bislang waren Vertreter der UN-Menschenrechtskommission aus Genf im Congo nicht gerne gesehen. Anders als die Scheinbilder, die ihnen die Mobutu-Regierung zu liefern hoffte, hatte die Kabila-Fraktion zunächst jede „äußere Einmischung“ abgelehnt. Inzwischen soll es – papierne? – Vereinbarungen geben, so z.B. über die Auflösung eines Militärtribunals mit der Kompetenz, auch Zivilpersonen zu verfolgen. Oder die Entlassung von Tausenden von Kindersoldaten, die sich vor einem Jahr den Kabila-Kräften angeschlossen hatten. Gleichzeitig zu diesen Ankündigungen werden jedoch erneut Berichte der Menschenrechtsgruppe AZADHO konfisziert. Diese hatten in einem 60seitigen Bericht Ermordungen, Vergewaltigungen, Plünderungen und willkürliche Verhaftungen denunziert – schon unter Mobutu war ihre Arbeit extrem behindert worden.

Am 16.1. verhafteten Militärs der Regierung Kabila in der Hauptstadt Kinshasa z.B. Roger Kalala. Nach fünftägiger Haft wurde er entlassen und steht seitdem unter Hausarrest und militärischer Bewachung. R. Kalala ist Vertreter des CPL (Congrès des Forces Progressistes pour la Libération – Kongreß der Fortschrittskräfte für die Befreiung) und kehrte nach dem Sturz des Mobutu-Regimes im Mai 1997 aus dem belgischen Exil in die DR Congo zurück. Innerhalb des Generalsekretariats der AFDL (Allianz der Demokratischen Kräfte für die Befreiung) ist er Sekretär für die Organisierung des Volkes und die Öffentlichkeitsarbeit. Auch dies stellt ein erhebliches Fragezeichen dar, mit wem Kabila zusammenarbeiten will und wird.

In Südafrika dürfen derweil drei Generäle aus der Mobutu-Nachfolge verbleiben, bis über ihre Asylanträge entschieden ist. Sie stehen im Verdacht, illegal Waffen zu organisieren, und ein Komplott gegen Kabila zu planen.

Anders sieht es mit den ökonomischen Fortschritten aus. Von US-amerikanischer Seite erhält das Kabila-Regime gute Noten. Sie hätten bislang einen guten Profit gemacht, Kabila habe sich ihnen gegenüber sehr „aufgeschlossen“ verhalten. Dennoch sind inzwischen Kritiken laut geworden, da einige Verträge nicht mehr fortgeschrieben wurden. Zuvor war Kabila Ende des letzten Jahres in China zu Besuch gewesen, hier wurden Verträge unterzeichnet, von denen allein China profitieren kann. Geschenke und Kredite wurden verteilt, z.B. für die technologische Entwicklung des Landes. Nachdem Kabila zurückgekehrt war, erklärte er das „chinesische Modell“ auch

für sein Land als relevant; manche erkennen hierin die Fortsetzung alter Kontakte zu China aus der Zeit der 70er Jahre. Allerdings kann das heutige „Modell“ – Liberalismus und autoritäre Führung – den Interessen von Kabila durchaus entgegenkommen. Damit könnten die europäischen und us-amerikanischen Menschenrechts-Attitüden (Beschluß der EU und Besuch von J. Jackson zu Inhaftierung und Hausarrest von UDPS-Führer Tshisekedi) ausmanövriert werden. mc

35-Stunden-Dekret in Italien

Suche nach einer Nord-Süd-Strategie

Nach sechs Monaten Auseinandersetzung hat die Regierung Prodi vergangene Woche ein Gesetzesdekret über die Einführung der 35-Stunden-Woche verabschiedet.

Danach soll die Arbeitszeitverkürzung gesetzlich ab dem 1. Januar 2001 in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten gelten. Gleichzeitig gibt es Einstellungsanreize für die Unternehmen in Form von Steuer- und Abgabensenkungen, so daß die Regierung „gleichbleibende Arbeitskosten“ in Aussicht stellt. Im November 2000 sollen die Effekte der Anreize und der Wirkungen der 35-Stunden-Woche „in Beziehung zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der verschiedenen Produktionssektoren und Gebietsbereiche“ überprüft werden.

Die Frage des „vollen Lohnausgleichs“ für die Arbeitszeitverkürzung ist in dem Gesetzesdekret nicht angesprochen. Rifondazione comunista als Hauptbetreiber der gesetzlichen 35-Std.-Woche werter den Lohnausgleich mit dem Gesetzesdekret als gegeben. Der zuständige Minister aber erklärt, die Regelung der Einzelheiten der Arbeitszeitverkürzung einschließlich Bezahlung sei Sache der Tarifparteien. (Nach den aktuellen Tarifregelungen hätten die Angestellten mit Monatseinkommen keine Entgeltminderung, wohl aber die Arbeiter mit der Lohnabrechnung nach Arbeitsstunden.).

Mit der Form des Gesetzesdekrets kann die Regierung die Regelungen zunächst in Kraft setzen. Das Parlament muß sie aber innerhalb von sechs Monaten in ein Gesetz umwandeln. Dabei sind Änderungen möglich.

Mit dem Gesetzesdekret setzt die Regierung Prodi die Vereinbarung um, mit der im letzten Herbst die Regierungskrise abgewendet wurde. Dabei hatte Rifondazione comunista die weitere Unterstützung der Regierung von der Einführung der 35-Stunden-Woche abhängig gemacht.

Der Vorstoß der Regierung ist gesellschaftlich und politisch äußerst umstritten. Der Unternehmerverband Confindustria und die politische Rechte laufen Sturm. Confindustria hat auf die Ankündigung des Dekrets die Gespräche mit der

Regierung abgebrochen. Die Regierung lasse sich durch Rifondazione erpressen. Die 35-Stunden-Woche bringe 500 000 weitere Arbeitslose und werfe Italien in Europa zurück. Als „Fluch“ empfindet der Fiat-Chef Agnelli das Vorhaben.

Außerdem bezeichnet der Industrieverband die „Konzertierungsvereinbarung“ von 1993 unter diesen Umständen als erledigt. In dieser Vereinbarung waren seinerzeit die regelmäßigen gewerkschaftlichen Tarifbewegungen mit Forderungen, Warnstreiks und Streiks ersetzt worden durch ein Regulierungssystem, bei dem die Entwicklung der Löhne und Gehälter an die von der Regierung „programmierte“ Teuerung gekoppelt ist. Selbst diese Regelungen, mit denen die gewerkschaftlichen Tarifaktivitäten eingeschränkt wurden, gehen den Unternehmerverbänden heute zu weit.

Die politische Rechte greift den Ball auf. Berlusconi hat ein Referendum für die Abschaffung des 35-Stunden-Gesetzes, sollte es kommen, angekündigt. Ein Tag später hat sich der Vorsitzende von Alleanza nazionale, Fini, dieser Absicht angeschlossen. Noch fühlt sich die Rechte auf diesem Feld stark, weil die 35-Stunden-Woche bisher vor allem eine Auseinandersetzung zwischen politischen Spitzen ist ohne breite gesellschaftliche Verankerung. Selbst in den Gewerkschaften ist der Vorstoß umstritten. Nur eine linke Minderheitsströmung steht hier bislang dahinter. Und jeder soziale Widerstand steht vor dem gewaltigen Problem der Kluft zwischen dem italienischen Norden und Süden, zwischen höchster industrieller Entwicklung bei boomender Konjunktur und Rückständigkeit und Depression.

Zwei große Aktionen haben in den letzten Tagen die Möglichkeiten, aber auch die Probleme dieser Verknüpfung gezeigt. Zunächst hatten die Gewerkschaften für den 20. April zu Streik und Kundgebungen in Neapel und vier weiteren Zentren der Region Kampanien aufgerufen: „Gemeinsam für Arbeit und

Entwicklung! Gemeinsam gegen die Camorra!“ Erstmals wurde mit einem Streik Druck auf die Regierung Prodi ausgeübt, ihrer Verpflichtung zu mehr Entwicklung und Beschäftigung im Süden nachzukommen. Etwa 80 000 beteiligten sich in Neapel, 120 000 insgesamt in Kampanien, angetrieben von schwerer sozialer Not. Arbeitslose, Beschäftigte in prekären Verhältnissen, aber auch viele Händler und andere Gewerbetreibende prägten das Bild dieser Aktion im Süden.

Rund 20 000 kamen am folgenden Tag im Norden für die 35-Stunden-Woche nach Mailand. Unterstützt wurde diese Aktion von betrieblichen Gewerkschaftsgruppen, dem linken politischen Spektrum (Rifondazione, linker Flügel von Linksdemokraten/PDS und Grünen sowie Christlichsozialen), Sozialen Zentren, einigen Verbänden sowie Intellektuellen und Künstlern (darunter der Literaturnobelpreisträger Dario Fo). Die nationalen Gewerkschaftsbünde und ihre Repräsentanten waren nicht darunter.

Die 35-Stunden-Woche wurde dabei (ähnlich wie in der Propaganda der IG Metall in den 80er Jahren) als Knotenpunkt für mehr Beschäftigung sowie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen begründet, teilweise auch als Scharnier zwischen Nord- und Südproblematik: „Im Norden ist die Zeit voll mit Überstunden, im Süden voll mit Arbeitslosigkeit. Die 35 Stunden sind die konkrete Art und Weise, diese beiden falschen Zeiten zu verknüpfen, um dem Land wieder Zusammenhalt zu geben.“ (Mario Sai, CGIL, Abteilung Süditalien) Vielfach war auch die Bemühung um eine weitere Klärung der Strategie spürbar: Man dürfe die 35 Stunden nicht als Wunderlösung hinstellen, sondern „wir müssen uns bewußt sein, daß die 35 Stunden in einen ganz anderen Rahmen fallen als den der 70er Jahre. Es bedarf einer aktiven Zustimmung der Beschäftigten, die heute nicht da ist. Und wir müssen uns fragen, warum sie nicht da ist.“ (Pietro Marcarello, CGIL-Sekretär, Piemont). rok



Der Sekretär der Rifondazione Communista, Fausto Bertinotti, unter den Demonstranten, die für die 35 Stundenwoche in Italien kämpfen. (Bild: Junge Welt)

möglicherweise an Herzversagen – bei einem Autounfall.

Türkei: Italienischer Kurdistan-Aktivist verhaftet

Unter den mehr als 200 Personen, die am 21. März während der Newroz-Kundgebung in Diyarbakir verhaftet wurden, befanden sich auch drei italienische DelegationsteilnehmerInnen: Giulia Chiari, Marcello Musto und Dino Frisullo. Die beiden erstgenannten wurden drei Tage später wieder freigelassen, während Frisullo, engagiertes Mitglied verschiedener antirassistischer Organisationen sowie Mitglied der in Italien aktiven Pro-Kurdistan-Gruppe „Kurdistan Azad“, weiterhin festgehalten wird. Ihm wird von den türkischen Behörden „Anstiftung zur Gewalt“ und „Bedrohung der inneren Sicherheit des türkischen Staates“ vorgeworfen. Von der Anklage wird für ihn 3 Jahre Haft beantragt.

Einer der Anlässe zu diesen Vorwürfen soll das Schwenken einer Fahne mit folgenden Zitat des Nobelpreisträgers Dario Fo sein: „Kurdistan brennt und lebt in den Bergen des Volkswiderstands, den der Westen Terrorismus nennt.“ Gegen ihn läuft noch ein weiterer Prozeß wegen der Teilnahme an dem Friedenszug im vergangenen September auch in Diyarbakir, als die Polizei die genannte Initiative brutal unterdrückte. Vielleicht will das türkische Regime auch die Person von Dino Frisullo zum Verstummen bringen, der mehrmals und namentlich die Verbindungen zwischen der türkischen Regierung und der türkischen Mafia an die Öffentlichkeit gebracht hat. C.

Zimbabwe: Gewerkschaftsproteste

Während Präsident Robert Mugabe bei seinen Besuch in der BRD mit der Forderung nach besseren Bedingungen für ausländische Investoren konfrontiert wird, verschärfen sich in Zimbabwe die Proteste der Arbeiter. Nach einer zweitägigen landesweiten Arbeitsverweigerung Anfang März sollen jetzt die Proteste ausgeweitet werden. Die Gewerkschaften fordern die Rücknahme einer im Zusammenhang mit der 50% Abwertung der Landeswährung Ende vergangenen Jahres verfügten Erhöhung der Lohnsteuer um 2,5%, der Besteuerung der Renten um 15% und einer Mehrwertsteuererhöhung von 15% auf 17,5%. Bei einem Mindestlohn von 350 Zimbabwe-\$ (ca. 9 DM) seien die Preissteigerungen um bis zu 70% bei Grundnahrungsmitteln, für Strom, Wasser, Transport sowie das Schulgeld nicht mehr zu verkraften. Die KCTU ist ein Dachverband von 27 Gewerkschaften und hat 400.000 Mitglieder. 30% der Arbeiter Zimbabwes sind gewerkschaftlich organisiert, aber die Aktionen der letzten Tage zeigten, daß die ZCTU von weit mehr Arbeiter und Arbeiterinnen unterstützt wird.

Zusammenstellung: hav



Indonesien: Die Proteste gegen das Regime Suharto verstärken sich. In der Provinz Bandarlampung im Süden der Insel Sumatra ging die Polizei gegen 2.000 Studenten vor, die sich unter den Forderungen nach politischen und wirtschaftlichen Reformen in Indonesien versammelt hatten. Die Stimmung sei eskaliert, als die Polizei auf die Forderung der Studenten nach Freilassung eines zwei Tage zuvor festgenommenen Studenten nicht eingegangen sei.

Tansania -Flüchtlinge protestieren gegen schlechte Versorgung

Zu massiven Protesten von Tausenden von Flüchtlingen kam es in den letzten Wochen in verschiedenen Flüchtlingslagern bei Nduta/Tansania. Dort leben 30 000 Burundis. Zu ähnlichen Protesten kam es in Lugufu, wo 26 000 kongolesische Flüchtlinge leben müssen. Weil Eisenbahnverbindungen unterspült wurden seien, so das Welternährungsprogramm, seien die Rationen halbiert worden. Über 350 000 Flüchtlinge aus Burundi und Congo leben in Tansania. mc

Hunger im Wirtschaftswunderland

Die Zahl hungernder Menschen im Jobwunderland USA bleibt unverändert, so zwei jetzt veröffentlichte Studien. Armut ist danach in zunehmendem Maße weiblich, weiß und suburban und erfaßt auch Lohnarbeiter – nicht zuletzt wegen einer drastisch reduzierten Sozialhilfe. Wie die größte amerikanische Hungerhilfeorganisation „Second Harvest“ in ihrem Bericht mitteilte, mußten 1997 ca. 21 Millionen US-Amerikaner auf ein Nahrungsnotprogramm zurückgreifen.

Die Zahl hat sich damit in den letzten fünf Jahren nicht verändert und ist so hoch wie vor 45 Jahren. Mehr als die Hälfte der um Nahrungspakete Anstehenden sind Frauen, gefolgt von Kindern, Jugendlichen, alten Menschen. Von der Qualität des sog. USA-Wirtschaftswunders kündet auch die Zahl jener, die Voll- oder Teilzeitarbeit verrichten und trotzdem von Suppenküchen abhängig sind: 40% der Nahrungsempfänger arbeiten regulär, jeder zweite hat ein Partner im

Haushalt, der in einem Arbeitsverhältnis steht. Da die Niedriglöhne gegen Ende des Monats aber oftmals nicht mehr zur Ernährung der Familie ausreichen, würden meist Frauen oder Kinder um Gratisnahrung nachsuchen. In fast 90 Prozent dieser Familien liegt das Einkommen nur knapp über der offiziellen Armutsgrenze von 1110 Dollar pro Monat.

Cuba: Manuel Pineiro gestorben

Besser bekannt unter dem Namen „roter Bart“ ist in Cuba ein Führer der cubanischen Revolution gestorben. Er wurde immer im Zusammenhang mit Che Exkursionen in Afrika und Bolivien gebracht. Später war er in der Abteilung „Amerika“ der KP sowie im Innenministerium für Sicherheit tätig. Dem CIA gelang es nie, seiner habhaft zu werden. Erst im letzten Jahr hat er über seine Erfahrungen aus dieser Zeit berichtet, u.a. in einem Interview der Zeitung „Tricontinental“.

Er erlebte und gestaltete schon mit 24 Jahren den Krieg gegen die US-Mafia in Cuba mit. Geboren war er in Cuba, in Matanzas. Kurz nach dem Sieg war er im Innenministerium zuständig für Sicherheit; später von 1974 bis 1992 in der KP zuständig für die Beziehungen zu anderen amerikanischen Bewegungen. Hier stellte er Verbindungen nach Nicaragua, Guatemala und Uruguay her, die später von Che intensiviert wurden. Er berichtete kürzlich, daß es Anfang 1959 Pläne für Che gab, in Zentralamerika (Nicaragua, Venezuela oder Kolumbien) an den Kämpfen teilzunehmen. Konterrevolutionäre Offensiven der honduranischen Armee verhindert dies. Pineiro starb –

Volksbegehren erfolgreich

HAMBURG. Das Volksbegehren für die Erleichterung von Volksentscheiden in Hamburg und Bürgerbegehren in den Bezirken hat sein Ziel erreicht: Mit 221 865 (18,4%) bzw. 218 273 Stimmen (18,1%) wurden in beiden Fragen die erforderlichen 10% der Wahlberechtigten (ca. 121 000) weit übertroffen.

Obwohl vor allem die großen Parteien SPD und CDU dem Vorhaben ablehnend gegenüberstanden, sind diese Unterschriften in gut zwei Wochen zusammengekommen. Nach einer ersten Analyse war die Unterstützung u. a. in Stadtteilen mit hohem Einkommensstandard und hohen CDU-Wähleranteilen sehr hoch, während in ärmeren Quartieren und SPD-Hochburgen eher unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt wurden, wobei sich jedoch überall mehr als 14% dafür aussprachen. Während die CDU angesichts dieses Ergebnisses ihre ablehnende Haltung zum Teil revidiert, beharrt die SPD auf ihrem Standpunkt. Streit bahnt sich darum an, ob der nun fällige Volksentscheid über die Gesetzentwürfe der Initiative gemeinsam mit den Bundestagswahlen durchgeführt wird, oder ob es den Gegnern in Senat und Bürgerschaft gelingt, die nötige Beschußfassung so zu verzögern, daß ein späterer Abstimmungstermin erforderlich wird. Dadurch würde die Wahlbeteiligung gedrückt und die Erreichung der Quoren (50% Fürstimmen der Wahlberechtigten bei Verfassungsänderungen) erschwert.

ulj

Protest gegen Brunner und Kappel nur begrenzt erfolgreich

FRANKFURT/MAIN. Etwa 1000 Anhänger konnte der Bund Freier Bürger/Offensive für Deutschland am 28. März zu einer zentralen Wahlkampfauftrittskundgebung nach Frankfurt/Main mobilisieren. Die Veranstaltung war von der rechtskonservativen/nationalliberalen Partei unter das Motto „Rettet die D-Mark, eine Partei für Recht und Ordnung, eine Partei für deutsche Interessen“ gestellt worden. Ein Bündnis verschiedener antifaschistischer Gruppen hatte zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Den etwa 300 AntifaschistInnen gelang es, die aufwendig und teuer inszenierte Auftaktkundgebung mit den ehemaligen FDP-Funktionären Brunner und Kappel vor der Paulskirche zu Beginn so zu behindern, daß die Reden weitgehend in der Gegenkundgebung und den Parolen untergingen. Das änderte sich allerdings, als die BFB-Anhängerschaft von zunächst nur wenigen hundert auf rund 1000 angewachsen war und sich zu einem Demonstrationszug in Richtung Bundesbank formierte. Das antifaschistische Spektrum war nicht breit genug, um dem wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen, und die Polizei schützte den Zug mit nicht wenigen Übergriffen und minde-



stens siebzehn Festnahmen. Die BFB-Anhänger zogen Deutschlandfahnen schwenkend und rechte Parolen rufend durch die Innenstadt. Vergleichbares hat es hier seit einigen Jahren nicht mehr gegeben. Es wurde auch beobachtet, wie NPD-Anhänger mit Fahnen versuchten, sich dem Zug anzuschließen. Die Veranstaltung des BFB wurde mit einer Kundgebung vor der Bundesbank beendet. Hier begann ein sogenannter Staffellauf nach Bonn, wo dem Bundestag am 30.3. 250 000 Unterschriften für ein Volksbegehren über die Einführung des Euro übergeben wurden. Der BFB ist in Frankfurt seit den Kommunalwahlen in verschiedenen Ortsbeiräten vertreten. Die Anhängerschaft Kappels in Bad Soden und anderen Taunus-Gemeinden ist nicht unbeträchtlich.

ola

Keine Ausländerdiskriminierung – erst recht nicht im Wahlkampf!

ESSEN. Auf Initiative des Antirassismus-Telefons kam der folgende, leicht gekürzte wiedergegebene Appell zustande, der sich dafür ausspricht daß „nicht auf dem Rücken der nichtdeutschen und nichtwahlberechtigten Minderheiten“ der Bundestagswahlkampf ausgetragen wird. In Düsseldorf, aber auch in anderen Orten laufen eine ähnliche Initiativen. Im folgenden einige Auszüge:

„Massenarbeitslosigkeit, Verlust von Arbeitsplätzen und fehlende Lebensperspektiven für Jugendliche kennzeichnen auch das Wahljahr 1998. Zunehmende Belastungen kleiner Einkommen bei

gleichzeitig steigendem Reichtum polarisieren die Gesellschaft ...“

Auf die vielfältigen Ursachen der sozialen und wirtschaftlichen Krise reagieren immer mehr Deutsche mit der völkisch-nationalen Vorstellung „die Ausländer“ bedrohten „ihre“ Sicherheit. Die Tatsache, daß Arbeitsmigranten seit Jahrzehnten zur Sicherung des deutschen Sozialsystems und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, wird verdrängt; Menschen, die aus existentiellen Gründen ihre Heimat verlassen mußten, werden als „Parasiten“ und „Schmarotzer“ des von Deutschen und Nichtdeutschen finanzierten sozialen Netzes eingestuft und fremde Kulturen als Störenfriede „deutscher“ Ordnung wahrgenommen.

Das Bedürfnis aller hier lebenden Menschen nach sozialer Sicherheit wird zunehmend weniger anerkannt. Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß gewinnen an Boden.

Wer in einer solchen Stimmungslage „Ausländerkriminalität“ und „illegale Zuwanderung“ in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und des Kampfes um Wählerstimmen rücken will, handelt unverantwortlich. Er gefährdet den sozialen Frieden, das Zusammenleben der Kulturen und die Demokratie. Er treibt rechtsextremen Parteien Stimmen und rechtsextremen Strömungen Gewalttäter zu.

Wir appellieren an Parteien und Politiker, den Kampf um Wählerstimmen nicht auf dem Rücken der nichtdeutschen und nichtwahlberechtigten Minderheiten auszutragen. Wir appellieren an die Medien, die durch ökonomische Krise, offene Grenzen und Multikulturalität entstehenden Probleme und Konflikte differenziert und sachgerecht darzustellen. Wenn das „Europäische Jahr gegen den Rassismus“ einen Sinn gehabt haben soll, dann muß gerade im Wahlkampf jeglicher Diskriminierung entgegengewirkt werden.

Als Trägereinrichtungen und Unterzeichner/-innen dieses Appells werden wir den demagogischen und populistischen Mißbrauch ausländerfeindlicher Stimmungen nicht ohne Widerspruch hinnehmen.“ aus Lokalberichte Essen



Fotos: Arbeitsfotografie

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein: Rot-Grün in der Defensive

KIEL/ELMSHORN. Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein werden in der bürgerlichen Presse im Hinblick auf die Bundestagswahl als „Ohrfeige für die Grünen“ gewichtet. Grund seien die Auseinandersetzungen über den Bau der A20 in der rot-grünen Landesregierung und der Parteitagsbeschuß der Grünen zur Beibehaltung des Beschlusses zur ökologischen Steuerreform, die in einem Zeitraum von zehn Jahren eine Erhöhung des Liters Benzin auf 5 DM vorsieht. Diese Sorte Kritik soll die Grünen disziplinieren. Im folgenden einige Anhaltspunkte, die daraufhin deuten, daß eine ökologisch/soziale Reformpolitik auf grundsätzlichere Probleme stößt. Verglichen werden die jetzigen Ergebnisse mit den Kommunalwahlen vor vier Jahren.

Höhere Wahlberechtigung und niedrigere Wahlbeteiligung

Die Wahlberechtigung lag bei 2,2 Mio. um 102 700 höher (erstmals konnten 30 000 Einwohner aus EU-Staaten, sowie 56 000 junge Leute zwischen 16 und 18 Jahren wählen). Tatsächlich wurden aber 70 000 Stimmen weniger abgegeben. Dadurch sank die Wahlbeteiligung um 7 Prozent (von 70,5 auf 63). Nach erstem Eindruck wählten auch wenige junge Leute und EU-Einwohner.

Rot/Grün verliert

Die SPD gewinnt minimal knapp 3 000 Stimmen und 2,9 Prozent (von 39,5 auf 42,4). Die CDU verliert 12 600 Stimmen, gewinnt aber 1,6 Prozent (von 37,5 auf 39,1). Die FDP gewinnt leicht 1 200 Stimmen und kommt von 4,4 auf 4,8 Prozent. Die Grünen verlieren massiv, und zwar 57 000 Stimmen und damit 3,5 % (von 10,3 auf 6,8 Prozent). Zusammen verlieren SPD/Grüne damit 54 126 Stimmen (von 721 435 auf 667 309). CDU/FDP verlieren demgegenüber 11 415 Stimmen (von 606 937 auf 595 522). Macht ein Minus von 42 711 Stimmen.

Dänische Regionalpartei beständig

Daran ändern auch die Ergebnisse des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) nichts, dessen Stimmen man bei einer Bundestagswahl eher der SPD bzw. den Grünen zu rechnen kann. Die dänische Regionalpartei konnte sich nur leicht um 800 Stimmen verbessern (von 37 913 auf 38 713), obwohl sie erstmals im gesamten Kreis Rendsburg-Eckernförde kandidierte und dort 3000 Stimmen hinzugewann. Zusammengenommen verlieren die unabhängigen Wählergemeinschaften in den Gemeinden bzw. die Statt-Parteien in den Städten leicht. Hier gibt es erhebliche Unterschiede, wo von der Tendenz in den Gemeinden ein Zuwachs und in den Städten ein Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Stimmen lassen sich schwer irgend einem Lager bei Bundestagswahlen zuordnen.

Faschistischer Mob und Rechtstrend in Lübeck

Ein neofaschistischer Zusammenschluß (u.a. NPD, JN, DVU, REP, NL) konzentrierte sich als „Bündnis Rechts“ auf Lübeck. Der Versuch mit einem aggressiven Mob und uniformierten Aufmärschen nach der Serie von Brandanschlägen in die Lübecker Bürgerschaft einzuziehen, schlug fehl. Die 3,6 % werden vom antifaschistischen Widerstand als Erfolg gewertet. Übergeblieben ist aber ein Stimmensatz, der klar für Mord steht und in den ehemals zweistelligen Hochburgen der DVU auf über 8 % kommt. Gewinner ist hier eine rechte CDU, die wie die Neofaschisten den couragierten Bürgermeister Bouteiller (SPD) attackierte. Sie gewinnt gut 2500 Stimmen und kommt von 31,7 auf 38,1 Prozent. Die SPD verliert hier 4900 Stimmen (von 41,3 auf 41,2), die Grünen über 3800 Stimmen (von 10,5 auf 7,8). SPD und Grüne wollen hier ihre Koalition fortsetzen.

Starke Verluste in den Städten

Die Grünen verlieren landesweit gut ein Drittel ihrer Stimmen. Auffällig ist, daß sie insbesondere in den Städten fast um die Hälfte verlieren (Kiel, Neumünster, Elmshorn). In Elmshorn z.B. orientiert die SPD in der Haushaltspolitik zunehmend auf die CDU. Bei der Auseinandersetzung um die Entstehung eines Subzentrums setzt die SPD auf Arbeitsplätze, während die Grünen um das kleine Wäldchen, das der Betriebsansiedlung zum Opfer fallen soll, kämpfen. Hier haben sich die Wähler offensichtlich für Arbeit, anstatt für Umwelt entschieden. Den Grünen fehlt es an der Basis. Sie haben in Elmshorn, einer ihrer Hochburgen Probleme, überhaupt Kandidaten zu finden.

Landespolitik reibt Grüne auf

Die seit zwei Jahren betriebene Beteiligung an der Landesregierung zwischen Anpassung und verhaltenem Aufmucken kostet Kraft und reibt die Grünen an der Basis auf. Die schweren Verluste werden u.a. von der Grünen MdB Angelika Beer auch auf die Forderung nach einem Benzinpreis von 5 Mark zurückgeführt. Nach Ansicht des verkehrspolitischen Sprechers der PDS, Winfried Wolf wäre absehbar gewesen, daß mit einem solchen Vorschlag das mehrheitsfähige Thema Verkehrswende in den Medien als Schreckgespenst einer unsozialen Verkehrspolitik vorgestellt würde. Gegen die von der CDU-Parteizentrale angezettelte Hetzkampagne hatte aber auch grüne Kommunalpolitik selbst dort, wo sie spürbare Verbesserungen in Mark und Pfennig durchsetzen konnte, keine Auswirkung auf das Ergebnis.

rua



Komitee gegen Grundrechte und Demokratie e.V.

Castor gegen Grundrechte

MÜNSTER. In einer Überrumpelungsaktion ist der Transport vom angekündigten Mittwoch, den 25. März 1998, auf Freitag, den 20. März, vorgezogen worden. Darauf stand der Wunsch der „Obrigkeit“, die Atomkraftgegner auszutricksen, den Widerstand auszuschalten und den Protest zu umgehen. Das Demonstrationsrecht ist jedoch kein Gnadenakt der herrschenden Repräsentanten. Es ist ein zentrales demokratisches Recht. Die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, um die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts für eine Vielzahl von BürgerInnen praktisch auszuschalten, ist folglich antidemokatisch.

Tausende von Demonstrierenden sind trotzdem nach Ahaus gekommen. Sie organisierten ihren Protest unter diesen schlechten, Kommunikation und Organisation verhindernden Bedingungen. Sie machten deutlich, daß sich der Widerstand durch regierungsmäßliche Tricks nicht einfach unterbinden läßt. Deutlich wurde, wie selbstverständlich der gewaltlose, aber konsequente Protest in der Antiatombewegung verankert ist. Seit der Ankündigung des Transportes von Castor-Behältern aus Süddeutschland nach Ahaus hat die Bürgerinitiative in Ahaus breiten Rückhalt in der münsterländischen Bevölkerung gefunden. Trotz des Überraschungscoups wurde deutlich, daß auch in Ahaus eine widerstandslose Einlagerung von hochradioaktivem Müll aus Atomreaktoren, die in Betrieb sind, nicht möglich ist. Die Skepsis eines großen Teils der Bevölkerung gegenüber „Chaoten“, die in das ruhige Städtchen einfallen könnten, ist weiterhin Empörung über das Auftreten der Polizei gewichen ...

Auszüge aus dem Untersuchungsbericht des Komitees gegen Grundrechte

Bürgerbegehren findet Unterstützung

Kein Verkauf der Allbau AG!

ESSEN. Im November hat der SPD-Unterbezirk Essen seinen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl 1999 gewählt. In der Öffentlichkeit hat Detlef Samland (MdEP) – ein Typ zwischen „Yuppie“ und „Macher“ – vor allem mit einem Vorschlag heftige Kontroversen ausgelöst: Als einer der ersten Essener SPD-Politiker trat er für den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau AG ein. Zwischen 500–700 Mio. DM soll ein solcher Verkauf für den Haus-

→ halt der Stadt Essen bringen. Der tatsächliche Wert der Allbau AG wird auf 2,2 Milliarden DM geschätzt – auch für kurzfristige Haushalts-Effekte wäre das ein ausgesprochen schlechtes Geschäft.

Seit 1919 gibt es die Allbau AG. Mit einem auch in den letzten Jahren erweiterten Bestand von knapp 19 000 Wohnungen ist sie der größte Essener Vermieter. Ca. 7 % der Essener Bevölkerung wohnen in Allbau-Wohnungen. Der Mietpreis ist mit 7,50 DM/qm relativ niedrig und wirkt sich auf den Mietspiegel und das Mietniveau senkend aus. Dabei hat die Allbau AG keinen schlechten Ruf: Bei der Wohnungsvergabe spielen soziale Kriterien nach wie vor eine Rolle, bei nötigen Renovierungsarbeiten gibt es wenig Probleme. Trotzdem erwirtschaftet sie einen kleinen Gewinn für den städtischen Haushalt.

Viele befürchten, daß sich diese Bedingungen durch eine Privatisierung drastisch verschlechtern. Privaten Wohnungsbaukonzernen – mehrfach war die Rede davon, daß VEBA-Wohnen Interesse hat – geht es ausschließlich um Grundrente und Profit. Die aus der Tradition eines gemeinnützigen Betriebes stammende Verpflichtung, Einnahmen wieder im Sinne der Mieter zu verwenden, würde fallen. Aus solchen Gründen ist auch der Deutsche Mieterbund e.V. gegen die Privatisierung von kommunalen Wohnungsbeständen. Nach seinen Angaben stehen in der BRD derzeit 350–650 000 Wohnungen aus Beständen des Bundes, der Länder, Kommunen und Rentenversicherungsträger zum Verkauf an.

Als einzige Fraktion des Rates haben sich in Essen B'90/Die Grünen gegen eine Privatisierung des Allbau ausgesprochen. Einen entsprechenden Antrag im Rat hat die Mehrheitsfraktion SPD gemeinsam mit der CDU Ende November abgelehnt – die Frage soll weiter geprüft werden. Daraufhin haben verschiedene politische Kräfte Mietersammlungen organisiert, über 4000 Mieter sprachen sich in einer Unterschriftenaktion gegen den Verkauf aus. Ende letzten Jahres bildete sich eine Allbau-Mieter/innen-Initiative. Ein erster, großer Erfolg ihrer Bemühungen: Zur Ratsitzung am 25.2.1998 demonstrierten an die 1000 Leute.

Die Demonstration war auch der Startpunkt für ein Bürgerbegehren nach der nordrhein-westfälischen Kommunalverfassung. Ein solches Bürgerbegehren ist rechtlich möglich, es muß allerdings von 48 000 wahlberechtigten Einwohnern unterzeichnet werden. Das ist eine sehr hohe Hürde, die Aktion ist jedoch ausgesprochen gut angelauft. Für die weitere Auseinandersetzung ist wichtig, daß sich auch erste Gewerkschaftsgliederungen wie der Bezirksverbandsitag der IG Bau und die Gewerkschaft HBV gegen eine Privatisierung des Allbau ausgesprochen haben. Diese Entwicklung zeigt insbesondere bei der SPD schon Wirkung.

wof

**kein
mensch
ist
illegal**

Festung Europa

Abschiebeknäste abschaffen!

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke war am 11. März in Mannheim, um das Abschiebegefängnis zu besuchen. Das nachfolgende Interview führten wir mit Chantal, die Ulla Jelpke als sprachkundige Person in den Abschiebeknast begleitete) *tht*

Du hast am 11. März mit der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke den Abschiebeknast in Mannheim besucht. Wie würdet Ihr von den Verantwortlichen empfangen?

Also der Anstaltsleiter war nicht anwesend. Uns haben deshalb der stellvertretende Leiter und ein anderer Angestellter der Anstalt zu den AbschiebehäftContainern und durch diese geführt. Am Anfang waren sie ziemlich aggressiv und wollten keine Stellung zu dem Thema beziehen. Sie erklärten uns, sie würden nur das ausführen, was der Gesetzgeber sowie die Ausländerbehörde von ihnen verlangen und zwar genau so, wie diese es verlangen. Im Verlaufe der Besichtigung, also des Gesprächs, das immerhin über eine Stunde lang dauerte haben sie dann öfter eingeworfen, daß sie sich nicht für diese Arbeit „geschlagen“ hätten, also daß es ihnen als Aufgabe schon unangenehm ist.

Inwiefern sind denn die Beschäftigten der Haftanstalt hier betroffen?

Wie es ja auch bekannt ist, arbeiten in den AbschiebehäftContainern fast keine Bediensteten der Haftanstalt. Die Abschiebehäftlinge werden hauptsächlich von Angestellten des Sicherheitsdienstes der Fa. Raab Karcher betreut, wenn man das so nennen kann. Nur die Verwaltungsarbeit wird von Anstaltsbeamten und -beamtinnen geleistet.

Sind die Haftbedingungen der Häftlinge wirklich so schlimm, wie sie immer beschrieben werden?

Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Bedingungen viel schlechter sind als im „normalen“ Strafvollzug. So hat man uns z.B. auf die Frage, ob die Häftlinge keinen Umschluß hätten, geantwortet, da es Häftlinge aus so vielen unterschiedlichen Ländern und Regionen gäbe, die sich untereinander feindlich gesinnt wären, wäre dieses nicht möglich, weil die Containerkonstruktion eventuelle körperliche Auseinandersetzungen nicht aushalten würde. Andererseits haben die über 100 Abschiebehäftlinge in vier Gruppen jeweils eine Stunde Hofgang am Tag: in anderen Worten sie sind 23 Stunden am Tag zu dritt in Räumen, die gerade mal Platz haben für zwei Betten übereinander und ein drittes Bett daneben. Sie können so gesehen also nur im Bett sitzen oder liegen und sich bestenfalls mit ihren Zellkollegen unterhalten.

Habt Ihr auch mit Abschiebehäftlingen

gesprochen?

Ja, aber nur sehr kurz, diese Art von Informationsbesuch ist nicht geeignet, für einzelne Leute etwas zu erreichen und deshalb läuft man immer Gefahr, bei den Menschen, mit denen man spricht, Hoffnungen zu wecken, die man aber in keiner Weise danach erfüllen kann. Es ist ja klar, daß diese Häftlinge sich mehr persönliche als unbedingt allgemeine politische Gedanken machen über das de facto abgeschaffte Asylrecht, die Abschiebungen, die Abschiebehäft etc. Man hat uns also gefragt, ob wir mit Häftlingen reden wollten, und uns dann wiederum geantwortet, man würde die Leute in den verschiedenen Zellen fragen, ob sie uns „empfangen“ wollten. Ein Bediensteter hat so getan, als würde er in 4 oder 5 Zellen nachfragen, bis er schließlich eine fand und uns aufforderte, einzutreten.

In der Zelle waren also zwei Iraker und ein Türke. Es waren alle drei Kurden, das war wohl auch der Grund, weshalb sie von den Verantwortlichen in eine Zelle gelegt worden waren. Nachdem wir ein paar Worte mit den beiden irakischen Kurden gewechselt hatten, kam plötzlich vom Flur einer unserer „Begleiter“ und meinte zu den beiden: „Ihr zwei könnt eure Sachen packen, ihr könnt gehen.“ Zu uns meinte er nur: Eben kommt das Fax. Die sind frei.“ Uns, die wir total verdutzt da standen, haben sie dann erklärt, die würden wahrscheinlich eine Fahrkarte zu einem Amt bekommen, wo sie sich dann melden müßten, zwecks Wiederunterbringung in einem Heim – aber sie würden nichts Genaues, da sie das „eben eingegangene“ Fax ja noch nicht gesehen hätten. Offensichtlich war den Anstaltsverantwortlichen es nicht einmal zu peinlich, uns diese Szene vorzuspielen, denn sicherlich wäre im Falle der Abschiebung (anstatt der Freilassung) der beiden unsere Anwesenheit nicht so gern gewesen.

Was hatten denn die Verantwortlichen zu den Selbstmordversuchen zu sagen?

Bei diesem Thema wurden sie, wenn sie sich auch vorher schon von ihrer Aggressivität gelöst und sich ziemlich „jovial“ locker benommen hatten, sichtlich nervös. Wenn man vorher alle unsere Fragen spontan und einfach (stellenweise vielleicht etwas banalisiert) beantwortet hatte, nahm man hier erst einmal Bezug auf den Anstaltsleiter. Dieser hatte am Tag zuvor, bei einem Vorbereitungsgespräch zu unserem Besuch, seinen Vertre-

tern erklärt und ihnen aufgetragen es uns zu erklären, wie es zu dieser doch ziemlich hohen Anzahl an Selbstmordversuchen gekommen war. Und zwar habe es in Wirklichkeit nur ein bis zwei „richtige“ Selbstmordversuche gegeben, von Häftlingen, von denen sich einer zur Zeit noch im Gefängniskrankenhaus befindet. Die anderen vier bis fünf Versuche wären eigentlich nur Versuche gewesen, sich zu verletzen, und der Anstaltsleiter habe zur Sicherheit dieser Häftlinge diese Versuche höher, dramatischer eingestuft, um die „selbstmordgefährdeten“ Häftlinge nämlich schon auf dem Namensschild neben den Zellentüren als solche kennzeichnen zu können, damit sie nie allein gelassen werden. Das wollte der Anstaltsleiter uns doch mitgeteilt wissen, wurde uns mehrmals wiederholt, daß er das extra gesagt hatte, daß also diese Versuche eigentlich gar keine Selbstmordversuche waren, sondern Selbstzerstörungsversuche.

Auf die Frage, was denn der Anstaltsleiter unter dem „Phänomen der Nachahmung“ (in verschiedenen Zeitunginterviews erwähnt) verstehen würde, erklärte man uns: wenn z.B. die Häftlinge merken würden, daß ein Häftling, der einen Selbstmordversuch begangen habe, auf einmal nicht mehr da wäre, würden sie sich vorstellen, dieser wäre wegen des Versuchs freigekommen. Oder, wenn z.B. die beiden Häftlinge, deren Freilassung wir gerade erlebt hätten, vor ein paar Tagen mal angedeutet hätten, sie würden jetzt nichts mehr essen, könnten andere Häftlinge auf die Idee kommen, jetzt wären sie frei, weil sie nichts mehr gegessen hätten – und also könnten sie ja auch mal versuchen, nichts mehr zu essen.

Habt Ihr auch das Thema Taschengeld angesprochen?

Ja, es ist in der Tat so, daß die Häftlinge in Mannheim nicht die gesetzlich festgelegten 80 bzw. neuerdings 56 (???) Mark vom Sozialamt erhalten, sondern lediglich „bei Bedarf“ aus einem „Topf“ der Haftanstalt ein paar Mark wöchentlich bekommen. Auf die Frage, wieso, das sei, erklärte man uns, das Mannheimer Sozialamt könne sich seit über zwei Jahren nicht dazu durchringen, ein „zufriedenstellendes“ Antragsformular zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich wolle das Sozialamt Mannheim nicht aufkommen für Abschiebehäftlinge, die anderen Städten zugeordnet wurden.

Grundsätzlich kann man festhalten, daß durch diese Art der Unterbringung (Baustellenccontainer) und die Art der Überwachung durch einen privaten Sicherheitsdienst ein Gefühl vermittelt wird, als habe man es hier nicht mit erwachsenen Menschen sondern viel eher mit Kleinkindern oder Haustieren zu tun. Nur aus so einem Gefühl heraus kann auch die perfide Argumentation der Nachahmung entstehen und vertreten werden.



PRO ASYL

Rechtshilfe am Flughafen

FRANKFURT/MAIN. Die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL hat jetzt am Frankfurter Flughafen eine unabhängige Rechtsberatung eingerichtet. In ihrem Spendenauftruf heißt es:

„Weil das Bundesinnenministerium seit fast zwei Jahren die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Rechtsberatung am Flughafen blockiert, hat PRO ASYL nun am Frankfurter Flughafen eine unabhängige Rechtsberatung eingerichtet... Bereits am ersten Tag der Rechtsberatung wurden einem iranischen Flüchtling und einer irakischen Familie nach dem Einlegen von Rechtsmitteln die Einreise durch das Frankfurter Verwaltungsgericht erlaubt... Ihre Asylanträge waren durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Schnellverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden... Der Bundesinnenminister will keinen effektiven Rechtsschutz für Flüchtlinge. Dies beweist auch ein Entwurf des

Bundesinnenministeriums der kürzlich veröffentlicht wurde: Bei der Übergabe des Asylablehnungsbescheides informiert der Bundesgrenzschutz – also die abschiebende Behörde – über die Möglichkeit der Beratung. Der Kontakt zu Anwälten wird ebenfalls vom BGS hergestellt. Die Beratung der Flüchtlinge findet in den Räumen des BGS statt. Sie schließt keinerlei Rechtsvertretung ein... Dieses Modell ist eine absolute Zumutung. Flüchtlinge sollen von denen, die für ihre Abschiebung zuständig sind, über die Möglichkeit der Rechtshilfe informiert werden. Die Beratung bleibt reduziert auf die Chancen einer Klage. Was das in einer Situation bedeutet, in der Flüchtlinge nicht mehr als drei Tage Zeit für die Einlegung von Rechtsmitteln bleiben, liegt auf der Hand: Abschiebung...“

PRO ASYL bittet um Spenden für die Rechtshilfe: Kto. 8047300, Bank f. Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500.

PRO ASYL, 10.3.98

Günter Grass bekundet Solidarität

KÖLN. In einem offenen Brief an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz-Josef Kionla, solidarisiert sich nun auch der Schriftsteller Günter Grass mit der Protestaktion kurdischer Flüchtlinge gegen Abschiebungen in die Türkei.

Wörtlich heißt es in dem Brief:

„Immer wieder erfahre ich von Fällen, in denen die erzwungene Rückkehr in die Türkei mit lebensbedrohlichen Umständen, Gefangenschaft und Folter verbunden ist. Insbesondere seit meiner Rede, die ich im Oktober letzten Jahres als Laudatio für Yasar Kemal, den Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, in der Frankfurter Paulskirche

hielt, erhalte ich permanent Briefe mit der dringenden Bitte um Unterstützung.

Ich wende mich mit diesem offenen Brief an Sie und hoffe, daß es ihnen gelingt, einen Abschiebestopp in die Türkei anzuordnen. Allein in Köln, Düren und Aachen wird nunmehr über 100 abgelehnten Asylbewerbern von, wie man mir berichtet, sechzehn evangelischen und katholischen Gemeinden Zuflucht gewährt.

Ich solidarisiere mich mit dieser Aktion, in der Flüchtlinge, Menschenrechtsgruppen und christliche Gemeinden zusammenwirken und auf eine grundlegende Änderung der deutschen Abschiebepolitik in die Türkei hinarbeiten. Es würde mich freuen, schon bald von einem Erfolg in dieser Sache zu hören.“

u.b.

Für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts

Am 26. März stellten Politiker/innen von SPD, Grünen und PDS aus Brandenburg und Berlin eine „Altlandsberger Erklärung“ vor, die einen neuen Anlauf zur Reform des Staatsbürgerschafts verlangt:

Die Frage der erleichterten Einbürgerung wird in Deutschland solange innerpolitisches Thema sein, bis sie positiv gelöst ist. In dem brandenburgischen Ort Altlandsberg hat sich ein Personenkreis gefunden, der diese wichtige Frage erneut auf die politische Tagesordnung setzen will. Die „Altlandsberger Erklärung“ knüpft an an die Erklärung des Evangelischen Kirchentages 1993, das „Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft“, die Initiativen der Parteien im Deutschen Bundestag und die vielen kleinen und großen Aktionen in der ganzen Bundesrepublik. Unsere Demokratie wird den Zustand nicht dauerhaft aushalten können, daß in diesem Land Menschen als „Ausländer“ ausgegrenzt werden, die längst ihren Lebensmittelpunkt bei uns gefunden haben oder sogar hier geboren sind.

Kaum ein Land ist bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft so rigide wie die Bundesrepublik Deutschland. Immer noch entscheidet die deutsche Abstammung über die Staatsangehörigkeit (Art. 116 des Grundgesetzes). Statt dessen sollten alle, die Ihren Lebensmittelpunkt in unserem Land gefunden haben, oder hier geboren sind, unbürokratisch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden können. Dazu gehört auch die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Gleiche Rechte und Pflichten für alle fördern Integration und gesellschaftlichen Frieden. Angesichts der fortdauernden fremdenfeindlichen Angriffe setzen wir uns dafür ein, das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 neu zu regeln und das Grundgesetz entsprechend zu gestalten.

Wir fordern die Fraktionen des Deutschen Bundestages und die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker auf, endlich die überfälligen gesetzlichen Regelungen zu schaffen.

Zu den Erstunterzeichnenden gehören:
 Regine Hildebrandt, Sozialministerin • Andreas Schulz, B' 90/Grüne • Giyasettin Sayan, PDS-MdA • Ismail Hakki Kesan, Grüne-MdA • Steffen Reiche, SPD-Landesvorsitzender • Matthias Platzek, Minister für Umwelt • Hartmut Meyer, Stadtentwicklungsminister • Alwin Ziel, Innensenator • Wolfgang Birthler, SPD-MdL, Fraktionsvorsitzender • Prof. Rosenbauer, ORB-Intendant • Lothar Bisky, PDS-Vorsitzender • Almuth Berger, Ausländerbeauftragte • Ravindra Gujjula, Bürgermeister Altlandsberg • Riza Baran, MdA Bündnis 90/Grüne • Wolfgang Thiel, PDS-Landesvorsitzender • Dagmar Enkelmann, Rolf Kutzmutz, PDS-MdBs • Michael Schumann, PDS-MdL u.v.a.m.



Etwa 500 Personen demonstrierten am 28. März in Berlin gegen die geplante Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die darin vorgesehene Streichung von Sozialleistungen für „geduldet“ und illegal eingereiste Flüchtlinge. Aufgerufen hatte ein Bündnis von antirassistischen und politischen Gruppen. Die Demonstration stand unter dem Motto: „Keine Vertreibung! Kein Aushungern von Flüchtlingen! Uns reicht's!“ Zwei Tage vorher hatte der Bundestag das im Bundesrat von der großen Koalition in Berlin eingeführte und dort bereits mit der Mehrheit der Länder beschlossene Gesetze seinerseits erstmals beraten und eine Anhörung Ende April beschlossen. rül

Aufruf der Leipziger „Initiative 1. Mai ohne Naziaufmarsch“

Den Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern!

Offenbar ermuntert durch die große Beteiligung bei ihrer Demonstration gegen die Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen in Dresden vor einigen Wochen will die neofaschistische NPD in diesem Jahr am 1. Mai bundesweit zu einem Nazi-Aufmarsch nach Leipzig mobilisieren. Hier ein Aufruf des Leipziger Bündnisses, das sich gegen diesen Plan gebildet hat.

Ähnlich wie 1997 wollen auch in diesem Jahr die Nazis unter der Führung der NPD/JN einen Aufmarsch durchführen. Beim Ordnungsamt wurde dieser bereits am 7. Mai 1997 für 10 000 bis 15 000 Personen angemeldet. Als Treffpunkt wird bis jetzt 11 Uhr, Völkerschlachtdenkmal genannt. Was letztes Jahr noch scheiterte, soll dieses Jahr um so größer nachgeholt werden.

Nach dem – seit langer Zeit größten – Aufmarsch am 1. März 1997 in München, dem Aufmarschversuch am 1. Mai 1997 in Leipzig und dem sachsenweit größten Aufmarsch am 24. Januar 1998 in Dresden, dem Treffen am 7. Februar diesen Jahres in Passau, Nibelungenhalle, bei dem sich 5 000 Nazis mit dem Versprechen verabschiedeten, sich im 1. Mai in Leipzig wiederzutreffen, wird im Mai diesen

Jahres wieder dazu aufgerufen, eine Großstadt einzunehmen: am 1. Mai 1998 soll Leipzig Schauspielplatz tausender Nazis werden.

Sollte ihnen dies gelingen, wird es für progressive Kräfte immer schwieriger werden, soziale und politische Rechte wahrzunehmen und durchzusetzen.

Der Einfluß der NPD/JN zeigt sich in besonderem Maße in Sachsen. Mit ca. 1 000 Mitgliedern existiert hier der größte Landesverband, gleichzeitig stellt Leipzig mit ca. 200 Mitgliedern den bundesweit stärksten Ortsverband der NPD dar. Im nahegelegenen Dresden befindet sich die JN-Bundesgeschäftsstelle die erst am 24. Januar ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. In den letzten Jahren hat sich die NPD/JN als Auffangbecken verbotener und selbst-aufgelöster Naziorganisationen und deren Umfelds erwiesen.

Am 1. Mai 1998 gilt es zu verhindern, daß die NPD/JN den Tag als Bühne für ihre rassistischen und nationalistischen Parolen benutzen, indem sie sich scheinbar hinter sozialen Forderungen verstecken. Den Nazis muß an diesem Tag mit Vehemenz dort entgegentreten werden wo sie sich versammeln wollen.

Damit inbegriffen ist eine Abgrenzung von Rufen nach mehr „Innerer Sicherheit“, Verschärfung des Asylrechts und einer weiteren Propagierung der „Standortlogik“. Gerade die Zusammenhänge, die zwischen den Forderungen der NPD – „Arbeit zuerst für Deutsche“, „Ausländerstopp“ – und den diskriminierenden Richtlinien bei der Arbeitsvergabe und der de facto Abschaffung des Rechts auf Asyl bestehen, sind mitverantwortlich für ein Klima, welches Ausgrenzung und Übergriffe auf MigrantInnen zuläßt, legitimiert und provoziert.

Die Möglichkeit für ein Verbot des Naziaufmarsches ist dieses Jahr eher gering. Aufgrund der zeitigen Anmeldung der Demonstration und dem Status einer Wahlkampfveranstaltung der NPD ist ein Verbot aus Gründen des Polizeinotstands nicht zu erwarten.

Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Demonstration in Dresden aber zeigen, daß von der NPD und ihrer Jugendorganisation JN mehr denn je eine reale Gefahr ausgeht. Schon allein deshalb darf der NPD mit diesem Aufmarsch keine Plattform gegeben werden!

Ein vereintes Vorgehen eines breitgefächerten Bündnis ist vonnöten! Wir rufen deshalb alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte auf, den Naziaufmarsch am 1. Mai zu verhindern!

Initiative 1. Mai ohne Naziaufmarsch

UnterstützerInnen:

Antifa Schulnetz • Bündnis gegen Rechts • Quertext (alternative Schülerzeitung) • Villa e.V. • Halle 5 e.V. Initiative für eine Vereinigte Linke • Bündnis 90/Die Grünen Landesvorstand Sachsen • Referat für Frauen- und Lesbenpolitik des STURAs der Uni Leipzig • Frauenkultur e.V. • Theaterprojekt Anasyndia • großstadt-KINDER e.V. • Annelie Buntensbach (MdB - Bündnis 90/Die Grünen) • DS Leipzig • Peter Wasem (stellv. Vorsitzender der PDS-Leipzig) • Infoladen Leipzig

Treffpunkte:

1. Völkerschlachtdenkmal:

Ab 8.00 Uhr. Hier findet zwischen 9.00 und 12.00 Uhr eine Veranstaltung der IG Metall und des Bundes der Antifaschisten statt.

2. Weißer Platz:

Hier ist ab 9.00 Uhr eine 1. Mai-Veranstaltung der PDS angemeldet.

3. Nauenhofer Straße/Ecke Schönbachstraße:

Die ökologische Linke hat hier für 10.00 bis 11.00 Uhr eine Kundgebung angemeldet.

4. Connewitzer Kreuz:

Ab 9.00 Uhr findet hier die traditionelle 1. Mai-Demo statt.

Kontakt, Infos:

Initiative 1. Mai ohne Naziaufmarsch, c/o PF 101417, 04014 Leipzig

GEMEINDEFINANZBERICHT: Düsseldorf.

Der Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages weist aus, daß die Einnahmen der Städte im vergangenen Jahr deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Die Gesamteinnahmen lagen 1997 in Ost und West um 2,8% oder 8 Mrd. DM unter denen von 1996, als die Einnahmen ebenfalls rückläufig gewesen waren. Nur eine Senkung der Ausgaben um 2,9% (nach 3,2% in 1996) verhinderte einen Anstieg des Finanzierungsdefizits (6,3 Mrd. DM nach 6,6 Mrd. 1996). Angesichts des für 1998 erwarteten weiteren Einnahmerückgangs rechnet der Städtetag bei stagnierenden Ausgaben mit einem Defizit von 8,4 Mrd. DM in diesem Jahr. Weitere Einschränkungen der kommunalen Leistungen und Investitionen werden bei wieder wachsenden Sozialhilfeleistungen nicht zu vermeiden sein. Bei den Ursachen hebt der Verband besonders den Verfall der verlangten Einkommenssteuer von 41,5 Mrd. DM im Jahre 1992 auf nur noch 5,8 Mrd. DM im vergangenen Jahr hervor. Ferner stürzen Mindereinnahmen durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage fest, während die Einnahmen aus der Gegenfinanzierung noch nicht zu quantifizieren seien. Es stelle sich „zunehmend die Frage nach der Vertretbarkeit weiterer Leistungseinschränkungen für die städtische Bevölkerung.“

GEGEN PFLEGEKATASTROPHE:

München. Auf „helles Entsetzen“ ist im Münchner Rathaus der Plan der Bundesregierung gestoßen, die „Pflichtquote“ von mindestens 50 % Fachkräften in Altenpflegeheimen aufzuheben. OB Ude (SPD) verlangte in einem Brief an Arbeitsminister Blüm, dies unverantwortliche Vorhaben fallenzulassen und erst einmal die Wohlfahrtsverbände, die berufsständischen Organisationen sowie Städte und Länder zu hören, „bevor weiterer Schaden in den Pflegeheimen angerichtet wird.“ OB und Sozialreferent riefen die Betroffenen zu Protestaktionen auf. Unterdessen haben sich am 26.3. nach Angaben von Familienministerin Nolte (CDU) Bundesregierung, Wohlfahrtsverbände, Pflegekassen und kommunale Spitzenverbände darauf geeinigt, die Pflichtquote ab Oktober zunächst für zwei Jahre auszusetzen.

„BESCHÄFTIGUNGSPAKT“: *Mannheim.* In den Etatberatungen 1998/99 beantragte die Fraktion der Grünen einen „Beschäftigungspakt für die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften“. Er soll beinhalten, daß über 1999 hinaus keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden; daß individuellen Wünschen von ArbeitnehmerInnen auf Reduzierung ihrer Arbeitsstunden grundsätzlich entsprochen

wird, wobei eine Befristung vereinbart wird und die Rückkehr zur vorherigen Arbeitszeit möglich ist. Die Stadtverwaltung verpflichtet sich, die „freigemachten Stunden“ in neue Stellen umzusetzen und arbeitslose Menschen einzustellen. Der Antrag wurde in den Personalausschuß delegiert, eine Stellungnahme der Verwaltung festgelegt.

MITBESTIMMUNG GEFORDERT:

Essen. In den nächsten Jahren sollen die bisherigen Ämter der Stadtverwaltung zunehmend verselbständigt werden und als „Konzern Stadt“ Dienstleistungen erbringen. Um die Arbeitnehmerrechte zu wahren, fordert die ÖTV die Bildung eines Konzernbetriebsrates, den die Stadt bisher ablehnt. Nach einem von der ÖTV in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten gibt es darauf zwar keinen Rechtsanspruch, seiner Einrichtung mit vereinbarten Mitbestimmungsrechten stünde jedoch nichts im Wege. Die Gewerkschaft will die Zersplitterung und Schwächung der Personalvertretungen durch die neuen Strukturen verhindern, die durch die Ausrichtung am Markt unter wachsenden Druck kommen werden.

VERKEHRSTARIFE: *Köln.* Die Kölner Verkehrsbetriebe wollen ab Herbst die Geltung der Schülerfreifahrkarten für Schüler, die zwischen 2 und 5 km von der Schule entfernt wohnen, einschränken. Konnten diese bisher ganztägig genutzt werden, so sollen sie nur noch bis 18.00 Uhr an Wochentagen und bis 15.00 Uhr am Samstag gelten. Dies bringt, insbesondere für kinderreiche Familien, erhebliche Mehrbelastungen, wenn die Kinder nach 18.00 Uhr oder am Wochenende zum Sport oder zum Baden wollen.

FABRIKVERKAUFSZENTREN: *Berlin.* Nach Ansicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gefährden Fabrikverkaufszentren auf der grünen Wiese, wie sie nach amerikanischem Vorbild auch in mehreren Orten in Deutschland geplant sind, den Handel in den Innenstädten. Sie dürften nur in Ausnahmefällen zugelassen werden und auf keinen Fall dürften dabei die Belange der umliegenden Gemeinden gefährdet werden.

VERPACKUNGSVERORDNUNG:

Bonn. Die kommunalen Spitzenverbände haben Bund und Länder aufgefordert, die Verpackungsverordnung jetzt nicht „um jeden Preis“ zu novellieren, sondern in der nächsten Legislaturperiode eine Reform „an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Auf keinen Fall werde die kommunale Seite Lösungen mittragen, bei denen die Verwertungsmöglichkeiten von Abfall privatisiert und damit verbundene Risiken kommunalisiert würden, hieß es anlässlich der Beratung der Novelle am 27. 3. Im Bundesrat. *Zusammenstellung: ulj*

Antifaschistisches Bündnis zieht Konsequenzen

Die AufruferInnen der Demonstration gegen jeden rechten Konsens versammelten sich am Montag, dem 16.3.1998, in der Jungen Gemeinde Jena, um die Ereignisse am 14.3. (siehe Politische Berichte 6/98 – Red.) zu analysieren und Schlußfolgerungen für die weitere politische Arbeit zu ziehen.

1. Die Initiatoren werden im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt solange zu Aktionen und wenn es notwendig ist zu Demonstrationen aufrufen, bis der rechte Konsens durchbrochen, rassistische und faschistische Übergriffe gestoppt, die Stadt sowie der Landkreis sich zu einer Politik des antifaschistischen und anti-

rassistischen Konsenses besinnt und es auch in Saalfeld möglich wird, entsprechend dem Grundgesetz frei zu demonstrieren.

Man werde genau beobachten, wie sich die städtische Politik in den kommenden Wochen entwickeln und welche konkrete Maßnahmen gegen die Rechtsentwicklung und den Versuch der Neonazis, im Landkreis soziale Räume zu „erobern“ und die Meinungsführerschaft zu erlangen („National befreite Zone“), umgesetzt werden. Auch das Jugend- und Kulturzentrum Gorndorf, das u.a. am 14.3. von der terroristischen Neonaziorganisation „Thüringer Heimatschutz“ als Treff-

punkt und Ausgangspunkt für Provokationen gegen antifaschistische Demonstrationen genutzt wurde, wird wieder in den Vordergrund der antifaschistischen Politik gerückt.

2. In der folgenden Zeit werden folgende konkrete Maßnahmen ergriffen.

a) Es wird eine Dokumentation der Ereignisse am 14.3. erstellt, die den BürgerInnen Saalfeld, den verschiedenen Initiativen und Organisationen sowie den Medien zur Verfügung gestellt wird. In dieser Dokumentation werden durch Augenzeugenberichte unter anderem die Gewaltmaßnahmen von Polizeieinheiten dokumentiert.

b) Die Auflagen des Landratsamtes gegen die antifaschistische Demonstration werden einer juristischen Überprüfung unterzogen und in einem Hauptverfahren gerichtlich behandelt.

c) Die polizeilichen Übergriffe bzw. Unterlassungen werden zur Anzeige gebracht.

d) Dieser Dokumentation wird in Saalfeld eine öffentliche Anhörung des Bündnisses folgen. Es werden AntifaschistInnen, die Opfer polizeilicher Übergriffe geworden sind, aber auch VertreterInnen des Landes und der Stadt eingeladen.

Im Vordergrund der Aktivitäten in Saalfeld werde stehen, die EinwohnerInnen gegen rechtsextreme Entwicklungen zu gewinnen und den Einfluß derer, die die Politik des rechten Konsenses betrieben, zurückzudrängen. Man sei sich sicher, daß die Mehrheit der SaalfelderInnen bei entsprechender sachlicher Aufklärungsarbeit für den antifaschistischen Konsens zu gewinnen sei.

e) Mit Hilfe einer Sonderzeitung wird die bundesweite Öffentlichkeit über den rechten Konsens in Thüringen und die durch den Innenminister Dewes zu verantwortenden polizeistaatsähnlichen Maßnahmen und Einschränkungen demokratischer Grundrechte informiert und konkrete Maßnahmen auch in Richtung Landtags- und Bundestagswahlen zur Diskussion gestellt.

f) Der durch die Stadt angekündigte multikulturelle Tag am 27. Juni werde durch das Bündnis mit antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten begleitet.

g) Anlässlich des 60. Jahrestages der Reichspogrome wird es in Saalfeld zu Veranstaltungen „Das Fremde wird gemacht“ kommen. Als GesprächspartnerInnen werden deutsche Juden und deutsche Schwarze eingeladen.

h) Im Rahmen des landesweiten antifaschistischen Ratschlags am 7. November in Erfurt wird die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und



Während die antifaschistische Demonstration am 14.3. in Saalfeld (Bild oben) massiv behindert wurde (Bilder auf der nächsten Seite), konnten über 200 Neonazis unter Polizeischutz ungehindert demonstrieren (Bild unten).



der aktuellen Rechtsentwicklung im Vordergrund stehen. Dabei werden die Strategien der verschiedenen rechtsextremen Strömungen, wie z.B. das Konzept der „national befreiten Zonen“, sowie die Reaktionen der politisch Verantwortlichen besondere Aufmerksamkeit bekommen.

Mit VertreterInnen örtlicher und landesweiter Initiativen, Organisationen, Parteien und Gewerkschaften werde man beraten, wie eine gesellschaftliche Initiative gegen den rechten Konsens, für Menschen- und Bürgerrechte, gegen die Rechtsentwicklung in Gang gebracht werden kann.

**Gegen jeden rechten Konsens –
Antifaschismus läßt sich nicht verbieten –
Stoppt rassistische und faschistische Übergriffe!**

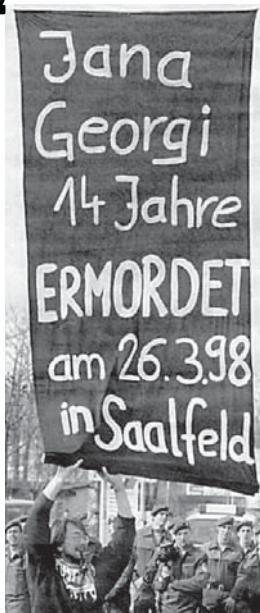
Antifaschistischer & Antirassistischer Rundbrief, Pressemitteilung, 19.3.



Trauer um Jana G.

„.... daß es rechte Strukturen gibt, die dazu verleiten, Menschen umzubringen“

Am 26. März wurde im Saalfelder Stadtteil Gorndorf die 14jährige Jana G. erstochen. Schon wenige Stunden nach der Tat erklärten die Saalfelder Polizeidirektion und der Thüringer Verfassungsschutz, „es gebe keine Hinweise auf ein politisches Motiv“, „psychologische Gründe seien für die Tat verantwortlich“. Die Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Antirassismus kritisierte die Erklärungen und forderte, daß alle Umstände und Motive der Tat vorbehaltlos geprüft werden müßten. Nicht zuletzt müsse geprüft werden, wie die politische Orientierung und das politische Umfeld des Jugendlichen, der sich selbst der Neonazi-Szene zurechnet, mit der Tat in Verbindung stünden. Hier seien weniger die Erkenntnisse des Staats- und Verfassungsschutzes als das Wissen um die Alltagskultur in Gorndorf gefragt, die immer mehr von der politischen Rechten bestimmt werde und in der links-alternative Jugendliche beständig Angriffen ausgesetzt seien. Der PDS-Landtagsabgeordnete Roland Hahnenmann sagte auf der Demonstration am 28. März: „Es ist wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, daß es rechte Strukturen gibt, die dazu verleiten, Menschen umzubringen.“



Im folgenden die Presseerklärung des Bündnisses gegen Rechts Saalfeld.

1 000 Menschen bei der Demonstration in Gedenken an Jana „Wandelt Wut und Trauer in Widerstand“

Mehr als 1 000 Menschen gedachten am Samstag, dem 28. März, der 14jährigen Jana G., die zwei Tage zuvor im Saalfelder Stadtteil Gorndorf von einem 15jährigen rechtsorientierten Jugendlichen erstochen wurde.

Die Redner warnten vor einer rechten Normalität, in der Morde an Andersdenkenden und Andersaussehenden, AusländerInnen und Linken möglich würden und immer häufiger werden.

Die Veranstalter wiesen den Vorwurf zurück, den Tod von Jana zu instrumentalisieren. Wer weitere Gewalttaten gegen Andersdenkende auch in Zukunft verhindern wolle, dürfe nicht schweigen, sondern müsse der organisierten Rechten den Nährboden entziehen. Sie brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, nie wieder in Saalfeld aus diesem Grund demonstrieren zu müssen.

Die Behauptung der Behörden, die Tat habe keinen politischen Hintergrund, greife zu kurz. Der Täter gab bei seiner Vernehmung an, sich als rechts einzurordnen und Jana als links. Der Anlaß für seine Tat sei eine Beleidigung durch Jana als „Scheiß-Fascho“ im Herbst des Vorjahres gewesen. Auch die Polizei teilte mit, der Täter habe sich bei den Rechtsextremisten etablieren wollen.

Bereits unmittelbar nach der Tat hatten Rechtsextremisten den FreundInnen des Opfers angedroht, sie „ebenfalls abzustechen“. Auch TeilnehmerInnen der Mahnwache am Freitag wurde von Neonazis angedroht: „Euch kriegen wir auch noch“.

Die Niederlegung von Blumen am Tat-

ort durch die NPD sei eine Verhöhnung des Opfers und müsse als taktische Entscheidung gewertet werden, so das Bündnis.

Die Organisatoren der Gedenkveranstaltung fordern nun von den Behörden, die Hintergründe der Tat vollständig aufzuklären. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die meisten rassistischen und faschistischen Übergriffe von sogenannten „Einzelätern“ verübt würden, die in eine rechte Subkultur oder lose Gruppenstrukturen, nicht aber in Parteien oder Organisationen eingebunden seien. Über ein gefestigtes rechtes Weltbild verfügten die meisten Rechtsextremisten erst ab einem Alter von etwa 18 Jahren, was die jüngeren jedoch nicht hindere, genau zu wissen, wer als „undeutsch“ anzusehen und anzugreifen sei.

Die Veranstalter erinnern an die Aussage des Brandenburger Generalstaatsanwaltes Rautenberg, daß sich in der rechten Jugendszene eine „faschistoide Gewaltbereitschaft“ gegen Menschen entwickelt habe, „die einfach nur anders sind“. Sie breche besonders dort hervor, wo die Nazis versuchten, sogenannte „national befreite Zonen“ zu schaffen. Eines der strategischen Ziele dieses Konzeptes sei der Saalfelder Stadtteil Gorndorf, den auch der terroristische „Thüringer Heimatschutz“ für seine Agitation nutze.

Als „ungeheuerlich“ bezeichnete das Saalfelder Bündnis gegen Rechts den Vorwurf der „BILD-Zeitung“, Antifaschisten hätten den Mord an Jana zu verantworten. Mit diesem Entlastungsargument gebe die „BILD-Zeitung“ der organisierten Rechten Rückhalt für weitere Gewalttaten.

Auch in Jena und Berlin fanden am 27. März Gedenk- und Protestveranstaltungen statt.

AUFGESTELLT: Für den Bereich Dienstleistungen und Großhandel hat die HBV Berlin fristgerecht zum 31. März den Tarifvertrag gekündigt. Sie fordert eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 200 Mark pro Monat, für die Ausbildungsvergütungen 5%. Durch die Begrenzung von Überstunden soll die Sicherung der Arbeitsplätze erreicht werden. (Der Tagesspiegel v. 26.3.98)

PROTESTE GEGEN PRIVATISIERUNG: Gegen den Verkauf des landeseigenen Wohnungsunternehmens Gehag protestierten rund 300 Beschäftigte am 25.3. vor dem Gebäude der Finanzsenatorin. Seit einem Jahr wird im Senat darüber diskutiert, ob das Wohnungsunternehmen verkauft werden soll. Lehnte die SPD bisher die Privatisierung von Wohnungsgesellschaften ab, so hat der letzte Parteitag der SPD diese Position aufgeweicht. Jetzt soll das Land nur noch eine Mindestbeteiligung behalten. Die Beschäftigten befürchten, daß ihr Unternehmen an Spekulanten verscherbelt wird und kritisieren die unzureichende Informationspolitik der Finanzsenatorin. (Der Tagesspiegel v. 26.3.98)

PROTESTE VORERST ERFOLGREICH: Mehr als 1000 Beschäftigte der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) demonstrierten am 26.3. anlässlich der Aufsichtsratssitzung, 12000 Unterschriften waren zuvor im Betrieb gesammelt worden. Auf der Tagesordnung standen Pläne des Vorstandes über Privatisierungsvorhaben, deren Hauptzweck in der Tarifflucht bestand. Ein Konzept zur Einsparung von 130 Mio. Mark, das Beschäftigte der BVG und ÖTV Berlin zusammen vorgelegt hatten, wurde bisher vom Vorstand abgelehnt. Mit der Demonstration sollten die Forderungen nach

1. Erhalt der Berliner Verkehrsbetriebe als ein Betrieb unter der Rechtsform „Anstalt des öffentlichen Rechts“

2. Beibehaltung der Tarifverträge

3. Erhalt der Unternehmensmitbestimmung in der bisherigen Ausgestaltung

4. Entwicklung der Berliner Verkehrsbetriebe zum effizi-

enten Dienstleister unter Einbeziehung der Positionen der Gewerkschaft ÖTV Berlin und der betrieblichen Arbeitnehmervertretungen bekräftigt werden. Offensichtlich blieb der Protest nicht ohne Wirkung. Der Aufsichtsrat lehnte den Vorschlag des Vorstandes ab und beauftragte die Geschäftsführung, neue Vorschläge vorzulegen. (Presseerklärung der ÖTV v. 19.3.98, Der Tagesspiegel v. 27.3.98)

150. STREIKTAG BEI SCHILDER WARWEG IN BIELEFELD:

IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche bekundet Solidarität. Anlässlich des 150. Streiktages der Belegschaft von Schilder Warweg in Bielefeld fordert der Geschäftsführende Hauptvorstand der IG Medien die Beschäftigten in Betrieben der Druckindustrie und der Papier- und Kunststoffverarbeitung in Bielefeld und Ostwestfalen auf, sich an den Aktionen zur Unterstützung der kämpfenden Belegschaft zu beteiligen.

Die Belegschaft streikt seit Sommer vergangenen Jahres für einen Haustarifvertrag, nachdem die Geschäftsleitung von Warweg die Tarifverträge der Druckindustrie seit Jahren unterläuft.

Aus Anlaß des 150. Streiktages hat der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, folgendes Schreiben an die kämpfende Belegschaft gerichtet:

„Am 27. März 1998 findet der 150. Streiktag bei Warweg statt. Das ist der längste Streik in der Sozialgeschichte unseres Landes. 150 Tage Streik - das sind 150 Tage Einsatz für einen Firmentarifvertrag. Und 150 Tage selbstbewußter Gegenwehr einer kämpfenden Belegschaft.

Ihr habt dem Verhandlungsboykott und allen Schikanen widerstanden. Ihr macht mit Eurem Beispiel auch anderen Belegschaften Mut.

Die Tarifverweigerung bei Warweg ist ja leider kein Einzelfall. Gegen dieses Verhalten Eures Arbeitgebers gibt es zur Wahrung unserer verfassungsrechtlichen Rechte nur einen Weg, den Ihr eingeschlagen und bis heute durchgehalten habt: den Streik für einen Haustarif. Dafür gebührt Euch Anerkennung, Solidarität und Unterstützung.“

Stuttgart/Bielefeld, 25. März 1998 (Pressemitteilung 057)

BR-WAHL BEI MOHNDRUCK:

IG Medien verfehlt die Mehrheit im Betriebsrat nur knapp. Als ein positives Zeichen im Hinblick auf die Sicherung von Tarifrecht und vor dem zentralen Termin für die Betriebsratswahlen im Organisationsbereich seiner Gewerkschaft wertete IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche am Montag den Ausgang der Wahl bei Mohndruck in Gütersloh: In Europas größter Offsetdruckerei hat die Liste der IG Medien ihren Stimmenanteil nahezu verdoppelt. Die Liste Langewender/Welp erreichte neun von 19 Mandaten und verpaßte die Mehrheit in dem Gremium nur knapp. Bisher waren nur sechs von 23 Betriebsratsmitgliedern in der IG Medien organisiert.

Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kamen auf 856 von 1785 Stimmen (48 Prozent, Zuwachs gegenüber der letzten Wahl: 21 Prozentpunkte). Die bisherige Betriebsratsmehrheit um den Vorsitzenden Jochen Werner erreichte 929 Stimmen (52 Prozent, Verlust: 21 Prozentpunkte). Hätten nur 37 Beschäftigte anders entschieden, dann wäre es zu einem Mehrheitswechsel im Betriebsrat gekommen.

Willi Vogt, Ortsvereinsvorsitzender der IG Medien in Gütersloh und Bezirkssekretär in Bielefeld, zum Wahlergebnis: „Die einzelvertragliche Zustimmung von mehr als 90 Prozent zu den Partnerschaftsmodellen hat nicht die wirkliche Stimmungslage im Betrieb widergespiegelt. Mit dem Wahlergebnis hat fast die Hälfte der Beschäftigten die Forderung der IG Medien nach Veränderungen unterstützt.“ Gütersloh/Stuttgart, 16. März 1998 (Pressemitteilung 047)

STREIK BEI HERLAG:

Seit dem 12.03.98, 6.00 Uhr befinden sich die Kolleginnen und Kollegen der Firma Herlag (Herstellung von Gartenmöbeln, Kinderwagen) in Beverungen im Streik. Die Kolleginnen und Kollegen kämpfen um den Abschluß eines Firmentarifvertrages. Diese Tarifvertragsverhandlungen begannen im April 1997. Eine mündliche Einigung über die Lohn- und Gehaltstarifverträge, die

Tabellen sowie über die Anerkennung der übrigen Tarifverträge der holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Niedersachsen/Bremen wurde im September 1997 erreicht. Ein Vertrag wurde dann von der Arbeitgeberseite nicht unterschrieben. Statt dessen reichte die Firma im Januar 1998 einen Katalog von Verschlechterungen nach: • Arbeitszeit: 39 Stunden, bezahlt werden 35 (vier freiwillige sozialistische Aufbaustunden) • 13. Monatseinkommen, zusätzliches Urlaubsgeld: drei Jahre 0 DM • 20 % Lohnkürzung (Akkorddurchschnitt streichen) • Lohnerhöhung ab 1.3.1998: 1 %; Nullrunden bis 31.12.2000.

Die Antwort der Arbeitnehmer: Jetzt reicht's: Warnstreik am 5. März 1998, Arbeitnehmer wurden abgemahnt. Urabstimmung am 12.3.98: 99 % stimmen für Streik. Die Produktion und Verladung steht seit dem 12. März 1998, 6.00 Uhr. Parallel dazu läuft die Schlichtung (keine Friedenspflicht).

Ohne das Ende der für Montag, 23.3.98 angesetzten Schlichtungsverhandlung über einen Tarifvertrag abzuwarten, hat die Herlag Firmenleitung heute Vormittag ihre Absicht mitgeteilt, die Firma zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen. Dem Betriebsrat wurden Verhandlungen über einen Sozialplan angeboten. Die Beschäftigten wollen jedoch die angekündigte Betriebsschließung nicht kampflos hinnehmen. Bei dieser Auseinandersetzung geht es um den Abschluß von Tarifverträgen. Bisher weigert sich die Firma beharrlich, das am 24. September 1997 einvernehmlich erzielte Ergebnis der einjährigen Verhandlungen zu unterschreiben. Hintergrund: In den zurückliegenden Jahren haben die Beschäftigten „zur Rettung der Firma“ auf Überstundenbezahlung verzichtet, auf Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld. Betriebsratsvorsitzender Ulf Driehorst nimmt kein Blatt vor den Mund: „Es ist einfach eine Sauerei, was „die“ hier mit uns treiben. Die Kolleginnen und Kollegen lassen sich nicht versuchen. Sie sind zu einer harten Auseinandersetzung bereit!“ (PMs der GHK)

Zusammenstellung: alk, har

Erstmal Erfolg, aber wirklich dauerhaft?

Die ÖTV Baden-Württemberg verweist in einer Pressemitteilung auf den nach hartem Kampf erfolgten Abschluß eines Tarifvertrages für die Unikliniken, benennt aber selbst als Problem, daß es nicht gelungen ist, die Unikliniken in die Tarifgemeinschaft, d.h. den Arbeitgeberverband der öffentlichen Dienstherren (Bund, Länder, Gemeinden) zu bringen. Somit ist nicht endgültig klar, mit wem künftig Tarife für die Unikliniken ausgehandelt werden. Auf die ÖTV kommt hier ein großes Problem zu, denn immer mehr öffentliche Betriebe werden in GmbHs u.ä. umgewandelt, die erstmal keinem Arbeitgeberverband angehören. Auch Sozialverbände aller Art gehören nicht zu einem Arbeitgeberverband, sind also streng genommen nicht tarifgebunden.

Hier die Pressemitteilung:

Mit einem eigenen Tarifvertrag, der nahtlos an den öffentlichen Dienst anschließt, hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) Baden-Württemberg die tariflichen Rechte der rund 23 000 Beschäftigten an den Universitätskliniken des Landes gesichert. „Wir mußten mit harten Bandagen bis hin zu Warnstreiks dafür kämpfen“, erklärte die stellvertretende ÖTV-Landesvorsitzende, Christina Frank. „Mit diesem Tarifvertrag direkt mit allen vier Unikliniken haben nicht nur die derzeitigen, sondern auch alle künftigen Beschäftigten die Gewähr auf Teilhabe an Fortschritten im öffentlichen Dienst“.

Der Tarifvertrag, der am späten Montagnachmittag zustande kam, sichert gleichzeitig auch allen Beschäftigten in zukünftigen Betrieben, die Universitätskliniken gründen, gleiches Tarifrecht mit den Unikliniken. Ein wesentlicher Punkt ist auch die Anerkennung der bisher zurückgelegten Beschäftigungszeiten zwischen den Universitätskliniken und zwischen Kliniken und Universität. Auch alle Rechte der Beschäftigten aus dem Umwandlungsgesetz für die Unikliniken (Universitätsklinikgesetz) sind nun Bestandteil des Tarifvertrags und können nicht mehr durch den Gesetzgeber wieder rückgängig gemacht werden. Dies gilt vor allem für die zusätzliche Altersversorgung im öffentlichen Dienst.

Verbindlich wird auch das Ziel weiterverfolgt, die Unikliniken, die seit 1. Januar 1998 in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt wurden, in den Arbeitgeberverband des öffentlichen Dienstes einzugliedern. Die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst, die zur Zeit den Schlichtern Kopfzerbrechen bereiten, betreffen auch die Universitätskliniken. Die strittigen Passagen der Tarifverträge sind auch in den neuen Tarifverträgen gekündigt.

ÖTV Baden-Württemberg, 10.3.98



Mehrere hundert Pflegerinnen und Pfleger sowie von ihnen betreute Patienten demonstrierten am 28. März in Stuttgart unter dem Motto: „Wir funken SOS – gegen die Politik der sozialen Kälte“. Vor allem die – von Ministerin Nolte jetzt erstmal zurückgestellte – Änderung des Pflegegesetzes, mit der die Verpflichtung in den Pflegeeinrichtung wenigstens zur Hälfte Fachpersonal zu beschäftigten aufgehoben werden sollte, stieß auf Empörung. Der ÖTV-Geschäftsführer Gesundheitswesen in Baden-Württemberg wies darauf hin, daß bereits jetzt zunehmend Pflegepersonal arbeitslos werde

Zukunft der Tarifverträge

„Bei Debis betritt die IG Metall neue Wege“

Nicht ganz unkommentiert wollen wir die Stellungnahme der IG Metall zum Tarifabschluß bei Debis, einem Software- und Dienstleistungsunternehmen der Daimler-Benz AG dokumentieren. Der Stolz der IG Metall, eine tarifliche Absicherung in einem für Gewerkschaften schwierigen Betrieb erreicht zu haben, ist berechtigt. Worüber aber die IG Metall nicht spricht: eine solche Regelung ist vielleicht für Konzernbetriebe möglich, aber besteht Aussicht zu ähnlichen Regelungen zu kommen für die große Zahl von kleineren (im Konzernumfeld angesiedelten) Dienstleistern? Hier liegen Probleme: Wenn Debis die 40-Stunden-Woche zugestanden bekommt (für bis zu 49jährige), dann verstärkt sich der Druck auf die Arbeitszeiten in allen konkurrierenden und zuliefernden Unternehmen. Und: was ist dann mit denen Beschäftigten, die als Jüngere lange Arbeitszeiten hinnehmen müssen, aber im Alter nicht bei Debis kürzer treten können?

Die IG Metall hat für die Daimler-Benz-Tochter Debis einen Tarifvertrag abgeschlossen, der speziell auf die Bedingungen der Dienstleistungsbereiche eingeht. Vergangenen Dienstag erzielte sie mit Debis einen Ergänzungstarifvertrag. Debis verhandelte im Auftrag des baden-württembergischen Metallarbeitgeberverbands (VMI).

Debis, 1990 als Dachgesellschaft für die ausgegründeten Rechenzentren und Finanzdienstleistungen des Daimler-Konzerns gegründet, ist im Lauf der letz-

Interview mit Walter Riester

direkt: Was ist neu an diesem Vertrag?
Riester: Wir haben in Form und Inhalt andere Wege beschritten als bisher üblich. Am Beginn der Verhandlungen stand kein Forderungspaket, sondern Betriebsrat und IG Metall haben gemeinsam analysiert: Wo braucht der geltende Flächentarifvertrag Ergänzung, um den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden?

Direkt: Welche Punkte waren kritisch?
Riester: Entgelt, Arbeitszeit und nötige Qualifikation. In allen Bereichen haben wir akzeptable Lösungen gefunden, und gleichzeitig sind alle Schutz- und Sicherungsaspekte eines Tarifvertrags erfüllt. Beispiel Arbeitszeit: Die Jüngeren können nun länger arbeiten, wenn es ein Projekt erfordert, aber sie haben die Garantie, daß die geleistete Arbeitszeit nicht verfällt. Und die Älteren arbeiten Jahr für Jahr weniger. Ich denke, das kommt den Wünschen der Beschäftigten entgegen.

Direkt: Wird der Debis-Vertrag Auswirkungen auf andere Unternehmen und Branchen haben?

Riester: Das kann ich mir gut vorstellen. Dieser Tarifvertrag ist ein interessanter Weg für Dienstleistungsbereiche, die ja neue Anforderungen an die Beschäftigten und das Unternehmen stellt. Bei Debis hat die IG Metall gezeigt, daß sie in der Lage ist, neue Arbeitsbedingungen im Sinne der Beschäftigten mitzugesten.

ten Jahre zu einem umfassenden Dienstleistungsunternehmen mit rund 15 000 Beschäftigten expandiert, das sich in den Sparten Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Handel, Immobilien, Serviceleistungen für Computeranwender und Telekommunikation engagiert.

Nur für die rund 2 400 Angestellten, die von Daimler zu Debis gewechselt sind, galt bisher der Metalltarif Nordwürttemberg/Nordbaden. Rund 75% der Belegschaft arbeiten zum Teil unter erheblich schlechteren Bedingungen: Offiziell gilt die 40-Stunden-Woche, die aber in der Regel überschritten wird – zum Teil erheblich. Bei den Gehältern bestehen riesige Unterschiede. Während ein Projektmanager an einem Standort 110 000 DM Jahresgehalt erhält, bekommt sein Kollege in einer anderen Stadt für die gleiche Tätigkeit nur 60 000 DM.

Durch Umstrukturierungen bestand die Gefahr, daß in der nächsten Zeit noch weitere Belegschaftsmitglieder die Tarifbindung verloren hätten. Das wurde jetzt verhindert. „Mit dem Tarifvertrag haben wir es geschafft, daß 60% der Debis-Beschäftigten auf einen Schlag in die Tarifbindung kommen“, rechnet der Konzern-Betriebsratsvorsitzende Herbert Schiller vor. Nur Debitel und die Beteiligungsgesellschaften sind noch außen vor. Schiller: „Wir hoffen jetzt, daß wir sie auch bald einbeziehen können.“

Das wurde vereinbart:

Arbeitszeit: Bis zum Alter von 49 Jahren gilt die 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit. 50jährige arbeiten 38, 53jährige 36, 55jährige 35 Stunden. Für Schichtarbeiter gilt die 35-Stunden-Woche, ebenso für alle, die bisher 35 Stunden gearbeitet haben. Wer mindestens 10 Jahre bei Debis arbeitet, kann die 35 beantragen; sie darf nur aus wichtigen Gründen abgelehnt werden. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die Schiedsstelle. Für bestimmte Aufgaben und Projekte kann für ein Jahr ein Arbeitszeitbudget vereinbart werden (Arbeitszeit-Zielvereinbarung). Die Differenz zu der tariflichen Arbeitszeit wird in der Regel auf einem Arbeitszeitkonto verbucht, das innerhalb von 5 Jahren ausgeglichen sein muß. Die Guthaben können für Blockfreizeit oder Weiterbildung genutzt, oder in Langzeitkonten angelegt werden.

Entgelt: Basis der neuen Gehaltsstruktur sind die nordwürttembergischen/nordbadischen Tarifgehälter (DM-Beträge). Das Entgelt wird als Jahresgehalt festgelegt, Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden auf die 12 Monate verteilt. Hinzu kommt eine variable Jahresszahlung, die abhängig ist von der Leistungsbeurteilung, vom Grad, in dem das vereinbarte Ziel erreicht wurde, und vom Unternehmensergebnis. Die übertariflichen Gehälter werden ins Tarifsystem integriert, das heißt, es gibt jetzt Gehaltsgruppen bis 150 000 DM Jahreseinkommen.

Kündigungsschutz: Der Kündigungs-



An verschiedenen Orten setzen Siemens-Beschäftigte ihre Protestaktionen fort gegen die von der Unternehmensführung beabsichtigte Ausgliederung von verschiedenen Geschäftsfeldern und deren Überführung unter den (niedrigeren) Tarif des Elektrohandwerks Bayern. Auch andere Unternehmen der Branche wie z.B. Bosch, Alcatel betreiben ähnliche Konzepte und Überlegungen, so die IG Metall, deshalb kommt der Auseinandersetzung exemplarische Bedeutung zu. Am 26. März gingen in Stuttgart-Weilimdorf mehr als 400 Beschäftigte (von insgesamt 700) auf die Straße (siehe Bild). In Köln hatten am 23. März ebenfalls 400 Beschäftigte während der Arbeitszeit eine Kundgebung vor den Toren der Siemens-Niederlassung durchgeführt.

schutz für ältere Arbeitnehmer/innen (ab 45 Jahre) ist verbessert worden. Der Betriebsrat hat künftig ein zwingendes Mitbestimmungsrecht. Widerspricht er, darf also nicht gekündigt werden.

Weiterbildung: Notwendige Qualifizierungsmaßnahmen trägt der Arbeitgeber voll. Jeder Arbeitnehmer hat einen individuellen Anspruch auf Weiterbildung. Wer sich darüber hinaus qualifizieren will, kann das 5 Tage lang im Jahr tun; dann trägt der Arbeitgeber die Kosten; der Arbeitnehmer trägt 50% der Zeit aus seinem Zeitkonto bei.

(www.igmetall.de)

untersten Ende der deutschen Lohnskala. Die IG Medien hat deshalb für 1998 eine Lohnforderung aufgestellt, die den Anspruch auf eine Beteiligung am Erfolg der Kinos deutlich macht: Erhöhung der Stundenlöhne ab 1. Juli um einheitlich eine Mark. Und zwar eher ganz als gar nicht. Weitere Forderungen der IG Medien: Anhebung der Jahressonderleistung stufenweise von derzeit 500 DM auf die Höhe eines Monatseinkommens und Zuordnung aller Kinos mit mindestens fünf Leinwänden grundsätzlich in die Ortsklasse S. Beschäftigte sollen wählen können, ob Zuschläge in Geld oder als Freizeit genommen werden.

Die Tarifrunde 1998 wird vielleicht noch härter als die Tarifauseinandersetzung vom vergangenen Jahr. Die Arbeitgeber haben ihrerseits den Tarifvertrag gekündigt und wollen massive Verschlechterungen durchsetzen. Unter anderem soll ein Teil der Nachtzuschläge entfallen. Wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben die Arbeitgeber darüber hinaus ihre Forderung nach der Einführung von „Saalpersonal“. Im Papier der Arbeitgeber heißt es: „Saalpersonal (bisher Einlaßkontrolleur/in, Platzanweiser/in, Verkäufer/in, [Thekenkraft], Garderobe- und Reinigungspersonal, Toilettenwärter/in) ist, wer nicht zur Berufsgruppe der Filmvorführer/in und Kassierer/in gehört“. Damit besteht erneut die Gefahr, daß für einen Großteil der Kinobeschäftigten der Arbeitsdruck durch die Zusammenlegung der bisherigen Berufsgruppen weiter zunimmt. 1997 war ein Tarifabschluß erst nach massiven Warnstreiks der Beschäftigten zustande gekommen. Auch 1998 gilt: „Nix zu verlieren“. PM IG Medien, 25.3.

Tarifforderung für Kino-Beschäftigte

Haste mal 'ne Mark, eyh?

Die IG Medien fordert eine Mark mehr Stundlohn für Kinobeschäftigte.

Die „Titanic“ geht seit Wochen in den Kinos nicht unter, der gute „Will Hunting“ und die „Comedian Harmonists“ lassen die Kassen klingeln. Kino 1998, das heißt gemäß dem Motto von Oscar-Preisträger Jack Nicholson: „Besser geht's nicht“. Der Kinoboom beschert den Filmtheatern Rekordeinnahmen. 1997 war das beste Jahr der Branche seit langem. Die Zahl der Besucher stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Prozent auf 143,1 Millionen, der Umsatz kletterte sogar um 11,75 Prozent auf knapp 1,469 Milliarden.

Die einzigen, die von dem Erfolg der Lichtspielhäuser nicht profitieren, sind die Beschäftigten. Sie finden sich im Vergleich mit allen anderen Branchen am

Noch mal zum Standortvertrag

Aus STANDORTE, Belegschaftszeitung von GM/Opel-Bochum, Ausgabe: Nr. 31 / Jahrg. 8 / März 1998

Über was hat die Belegschaft eigentlich abgestimmt? Auf dem Stimmzettel wurde jedem einzelnen suggeriert „... durch dein JA zu dem Verhandlungsergebnis die Zukunft unserer Arbeitsplätze über das Jahr 2000 hinaus zu sichern.“

1. Neben der völlig demagogischen Wahlbeeinflussung und Vortäuschung falscher Tatsachen, wurde hier noch die Illusion verbreitet, als ob im Kapitalismus die Beschäftigten per Akklamation über Arbeitsplätze entscheiden könnten. Einfluß nehmen auf Erhalt, Sicherung und Schaffung der Arbeitsplätze können die Beschäftigten nur in dem Maße, wie sie bereit sind, den Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung zu organisieren und zu führen. Wer das Gegenteil glauben machen will, hat nichts anderes im Sinn als die Belegschaften vom Kampf abzuhalten. Wenn z.B. im Jahr 2000 der Automarkt einbricht, dann ist laut Standortvertrag alles wieder offen. (AZV ohne Lohnausgleich, Versetzung in andere Werke, Kurzarbeit, Entlassungen)

2. Der Standortvertrag II sichert also weder den Bestand, noch die Zukunft der Arbeitsplätze in Bochum, sondern er regelt und organisiert die Umsetzung des Businessplans der Geschäftsleitung und der sieht vor, die Arbeitsplätze in Bochum bis zum Jahr 2002 auf 12 000 zu reduzieren. Gesichert sein soll der friedliche Abbau von ca 2000 Arbeitsplätzen. Für den einzelnen möglicherweise individuell verträglich, gesellschaftlich ist die Arbeitsplatzvernichtung eine Katastrophe. Mit „sozialverträglich“ ist dann auch immer nur gemeint, daß keine Konflikte entstehen und die gesellschaftliche Ruhe gewahrt bleibt.

Im Kern sagt der Vertrag: „Solange das Geschäft brummt, dürft ihr für weniger Geld bei mir reinhauen, wenn das Geschäft nicht mehr brummt, stehen die Arbeitsplätze zur Disposition, der Vertrag regelt die soziale Ruhe und daß für Opel der Profit trotzdem stimmt. So was unterschreibt jeder Unternehmer und freut sich über Betriebsräte, die mit so was auch noch Propaganda machen. Nötig ist aber eine Atmosphäre der sozialen Unruhe, des Widerstands gegen Arbeitsplatzvernichtung, der Diskussionen über unsere Forderungen und ihre Durchsetzung zur aktuellen und künftigen Entwicklung.“

Standortvertrag II setzt Belegschaften anderer Länder unter Druck...

Beispiel England: Die *Financial Times* vom 20.1.98 berichtet unter der Überschrift „Opel akzeptiert Paket von Stel-

lenabbau“ unter anderem: „Englische Gewerkschaftsführer fürchten jetzt, daß die Zugeständnisse zum Stellenabbau in Deutschland (...) zu weiterem Druck auf Stellenabbau bei Vauxhall führen könnte.“

Beispiel Antwerpen/Belgien: die offiziellen Gewerkschaftsvertreter informieren dort die Belegschaft am 5.2.98 im Zusammenhang mit der Abstimmung eines neuen Verzichtsvertrages: „Unsere Verhandlungen waren unter sehr hartem Druck durch den in den deutschen Werken abgeschlossenen Standortvertrag...“

Die GM-Zentrale in Zürich und Detroit wird froh sein: mit Hilfe des bei uns erreichten Vertrages zur Kostensenkung sprich Profitverbesserung können die Manager in den anderen Ländern jetzt ihre Belegschaften unter neuen Erpressungsdruck setzen. So wird im Endeffekt für alle GM-Beschäftigten die Abwärtsspirale weiter nach unten gedrückt!

Gemeinsame Gegenwehr bleibt die einzige Alternative für uns. Gegenwehr, die in jedem einzelnen Betrieb beginnen muß, aber national wie international zusammen organisiert werden muß.

Gewerkschaftsfusion

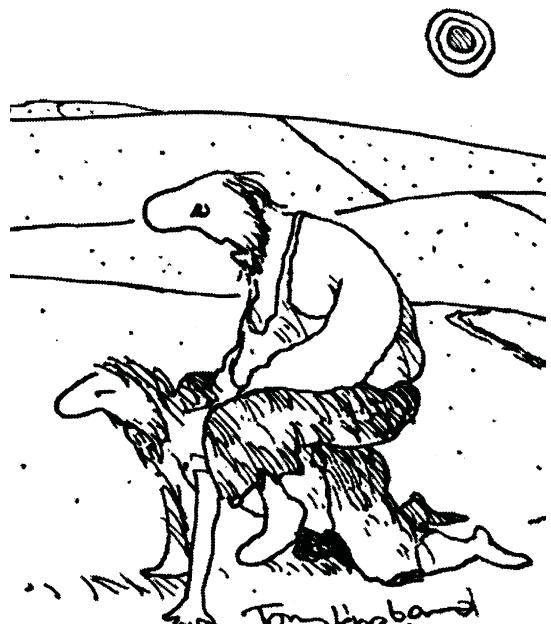
Kritik am Zentralismus

Inzwischen liegen erste Stellungnahmen aus gewerkschaftlichen Gremien zur beabsichtigten Fusion der Gewerkschaften ÖTV, HBV, DAG, IG Medien, GEW vor.

Der Bezirkstag der IG Medien Südbaden hat einer Fusion eine klare Absage erteilt und vor der Verabschiedung von Plattformen, Zeitplänen etc. Zeit für eine breite demokratische Diskussion und Entscheidungsfindung angemahnt.

Der Landesbezirksvorstand der HBV Baden-Württemberg hat ein Diskussionspapier entworfen, in dem es u.a. heißt:

Wieso soll eine Großorganisation besser in der Lage sein, „Fachkompetenz“ zu entwickeln? Sofern hier tatsächlich Defizite bestehen, erscheinen diese in überschaubaren Fachgewerkschaften leichter zu beheben zu sein. (...) Größere „Transparenz“ und bessere ehrenamtliche Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen [scheint] nach allen vorliegenden Erfahrungen im Rahmen einer zwangsläufig anonymeren Großorganisation schwerer zu verwirklichen, als in überschaubaren Einheiten. (...) Die Aufhebung von Gewerkschaftskonkurrenz ist zweifellos eine unbestreitbar positive Zielsetzung. (...) Andere Konkurrenzsituationen (etwa zwischen HBV und NGG, zwischen DPG und IGM) blieben jedoch ungelöst oder würden sich sogar verschärfen. (...) Der



„Hör endlich auf zu nörgeln! Sei froh, daß Du einen Job hast!“

Zusammenschluß mit anderen Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich würde in den meisten Branchen zunächst keine nennenswerten Erhöhungen der Organisationsgrade und damit der Durchsetzungsfähigkeit bedeuten. (...) Es ist unrealistisch zu glauben, man könne (...) z.T. gegnerische Organisationen mit einem Federstrich von einem Tag auf den anderen zusammenschließen. (...) Die Krise der Gewerkschaften ist in erster Linie eine politische Krise, sie ist nicht in den organisatorischen Strukturen der Gewerkschaften begründet. Die „Politische Plattform“ gibt aber gerade keine politischen Antworten, sondern beschränkt sich auf Fragen der Organisationsstruktur. (...) Fusionen lösen diese Probleme nicht, sie sind auch nicht mehr ohne großen Schaden rückgängig zu machen, wenn das Projekt scheitert. Die Auflösung der beteiligten Gewerkschaften führt zu Identifikationsverlusten, ohne daß eine neue Identität entstehen kann. (...) Eigenständige föderative und demokratische Strukturen sind Voraussetzungen für eine mitgliedernahe Gewerkschafts-, Gesellschafts- und Tarifpolitik. (...) Die jetzt vorgeschlagene Fusion würde eine zentralistische Struktur geradezu programmieren. (...) Die Gewerkschaften NGG und GdED haben sich aus guten Gründen dafür entschieden, selbständig zu bleiben. Auch die GEW ist zwar bereit, sich auf einen Prozeß der Neustrukturierung einzulassen - nicht jedoch zur Selbstauflösung. (...) Wenn die im Entwurf der „Politischen Plattform“ postulierten Aussagen [„Transparenz“, „breite Beteiligung der Mitglieder“ etc.] nicht nur auf dem Papier stehen (...) sollen, ist der vereinbarte Zeitplan kontraproduktiv. Demokratie braucht Zeit, nur dann können alle, die wollen, an dem Prozeß teilnehmen und ihre Vorstellungen einbringen.“

(aus Solinet)

Keine Aussicht auf Frieden für den Irak

Die unmittelbare Gefahr eines von den USA geführten Militärschlages gegen den Irak scheint vorerst gebannt. Doch ist die Krise nicht gelöst, und die USA behalten sich vor, sie jederzeit militärisch zu eskalieren. Wir dokumentieren auszugsweise eine Stellungnahme aus dem ehemals von Egon Bahr geleiteten Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, weil sie aufscheinen läßt, wie die USA mittels und unter Mißbrauch der UNO den Irak zerstören und in die Ausweglosigkeit treiben. Die vernichtende Wirkung der willkürlich andauernden Wirtschaftssanktionen wird deutlich, wenn man sich die Situation des Irak vor dem Golfkrieg, seine hochgradige Abhängigkeit vom Weltmarkt, in Erinnerung ruft: Die Abhängigkeit vom Erdölexport betrug 98%. Die industrielle Entwicklung wurde zu 90% durch den Staat kontrolliert und weitgehend aus den Ölernnahmen finanziert. Dabei war der Industrialisierungsgrad nach wie vor niedrig; schlimmer noch, zugunsten einer Industrialisierung wurde die Landwirtschaft vernachlässigt, so daß der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln bei gerade 20% lag.

Wie die Militärintervention 1991 verfolgen auch die Sanktionen, unterstützt durch die Androhung von Gewalt, das Ziel, den Irak als unabhängigen Staat und Machtfaktor in der Region auszuschalten, das Land in eine Halbkolonie zu verwandeln und so uneingeschränkt über die Ölquellen des Nahen und Mittleren Ostens herrschen zu können. scc

1. Hat der Irak seine Abrüstungsverpflichtungen verletzt?

Im April 1991 ... erteilte der UN-Sicherheitsrat dem Irak die Auflagen, – Kernwaffen weder zu entwickeln noch zu erwerben, – sämtliche B- und C-Waffen zu vernichten sowie – alle ballistischen Trägersysteme mit einer Reichweite von über 150 Kilometern zu verschrotten (Resolution 687).

Gleichzeitig setzte der Sicherheitsrat zur ständigen Überwachung der Verbote vor Ort eine Sonderkommission (UNSCOM) ein. Seither wurden im Irak außer 62 Scud-Raketen in großem Umfang chemische Kampfstoffmunition und toxische Vorprodukte vernichtet sowie militärische Produktionsanlagen demontiert. Die Menge an Waffen und Kampfstoffen, die unter Aufsicht von Inspektionsteams der Kommission abgerüstet wurden, übersteigt diejenige, die während des Golfkrieges durch Luftangriffe zerstört worden war.

Zu fortwährenden Auseinandersetzungen zwischen der Abrüstungskommission und irakischen Regierungsver-

tretern kam es über die Auslegung der Beschlüsse des Sicherheitsrats und daraus abzuleitenden Rechten und Pflichten. Wichtige Informationen vorenthalten zu bekommen und in ihrer Arbeit behindert zu werden, war die ständige Klage der Kommission. (...) In zwei Fällen können bis heute andauernde Verstöße des Irak gegen eingegangene Verpflichtungen festgestellt werden. Den UN-Inspektoren den Zugang zu bestimmten Liegenschaften, den sogenannten Präsidentenpalästen, zu verweigern, widerspricht der Resolution 707 vom August 1991. (...) Der zweite Verstoß betrifft den Vorgang, der zum Auslöser der gegenwärtigen Irak-Krise wurde. Amerikanische Mitglieder von Inspektionsteams der Abrüstungskommission aus dem Land zu weisen ... hat der Irak kein Recht. Die Zusammensetzung der Beobachtergruppen obliegt ohne irakische Mitsprache allein den Vereinten Nationen.

2. Sind die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak noch gerechtfertigt?

Als unmittelbare Antwort auf die rechtswidrige Eroberung und Annexion Kuweits durch den Irak hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im August 1990 gegen den Aggressor ein umfassendes Handels-, Finanz- und Waffenembargo verhängt (Resolution 661). Die Sanktionen wurden nach dem Ende des Golfkrieges ausdrücklich als über die Feuerstellung hinaus fortgeltend deklariert (Resolution 687). Sie sind nunmehr an die Erfüllung der Entwaffnungsaufgaben gebunden. Seit sieben Jahren befinden sie sich in Kraft. Die Aufhebung oder Abmilderung setzt einen neuen Beschuß des Sicherheitsrats voraus.

Als Folge des anhaltenden Sanktionsregimes registrieren internationale Organisationen den fortschreitenden Verfall der irakischen Wirtschaft und die wachsende Verelendung der Bevölkerung. In dem einst wohlhabenden Ölstaat ist das Einkommensniveau privater Haushalte unter das ärmerer schwarzafrikanischer Länder gesunken. Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF sterben jährlich 55 000 Kinder an Unterernährung und mangelnder medizinischer Versorgung. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) schätzt diese Zahl auf die doppelte Höhe – je nach Ansatz sind das 350 000 bis 700 000 Todesopfer im Kindesalter seit 1991. Das im Dezember 1996 vom Sicherheitsrat genehmigte „Öl für Nahrung“-Programm erlaubt Ölverkäufe zur Einfuhr von Lebensmitteln und Medikamenten im Wert von jährlich vier Milliarden Dollar, abzüglich einer Summe von 1,5 Milliarden Dollar für die Leistung

von Kriegsentschädigungen an Kuweit und für die Finanzierung von UNSCOM. Nach einer Berechnung der „UN-Hilfsmission für die irakische Zivilbevölkerung“ wären jährliche Exporterlöse von mindestens fünfzehn bis zwanzig Milliarden Dollar nötig, um die Wirtschaft des Irak überlebensfähig zu halten.

Es ist die offenkundige Notlage der irakischen Zivilbevölkerung einerseits und der politische Zusammenhang von Waffenkontrollen und Wirtschaftssanktionen andererseits, die in der politischen Öffentlichkeit vieler westlicher und nahezu aller arabischer Länder die Fortsetzung der Sanktionsregimes als zunehmend ungerechtfertigt erscheinen lassen. Zwar ist der Irak nicht allen, aber doch einem erheblichen Teil seiner Abrüstungsaufgaben nachgekommen, so daß die Begründung für die unabgeschwächte ökonomische Sanktionierung beständig an Überzeugungskraft verliert. Es wäre ein keineswegs irrationales Kalkül, wenn Saddam Hussein, der persönlich ebensowenig zu den Notleidenden zählen dürfte wie sein politisches und militärisches Herrschaftspersonal, den Hebel der Inspektionsbehinderung nutzte, um das Thema der Sanktionen auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Unter welchen Bedingungen, nach welchen Kriterien und zu welchen Terminen eine schrittweise Lockerung und schließlich Aufhebung der internationalen Ächtung in Aussicht stehen, würde auch jede andere irakische Regierung erfahren wollen. Solange diese Entscheidung jedoch von einem einzigen ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats abhängt, läßt sich der aus Sicht Bagdads propagandistisch erwünschte Eindruck aufrechterhalten: Lockerungen stehen überhaupt nicht in Aussicht, der Irak bleibt diskriminiert, gleichviel, was er tut oder unterläßt.

3. Besitzt der Irak noch Massenvernichtungsmittel?

Über Restbestände an irakischen Massenvernichtungsmitteln bestehen vielfältige Vermutungen, aber keine verlässlichen und gesicherten Informationen. Der vormalige Leiter von UNSCOM, Ekeus, sprach bei seinem Ausscheiden aus dem Amt von „quantitativ geringen, jedoch qualitativ signifikanten“ Unklarheiten, insbesondere in der Frage von Programmen zur Herstellung bakteriologischer Waffen. Bezuglich nuklearer Waffen hingegen hat die für die Überwachung zuständige Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) erklärt, über keine Erkenntnisse für die Existenz von Anlagen zu deren Entwicklung oder Produktion zu verfügen.

Massenvernichtungsmittel werden zu

Nachbarländer bedrohenden Waffen erst durch die gleichzeitige Verfügung über geeignete Trägersysteme – Flugzeuge oder Raketen. Gegenwärtig kann nicht davon ausgegangen werden, daß der Irak eine solche Zielfähigkeit besitzt. Angriffsvorbereitungen würden angesichts der amerikanischen Aufklärungsüberlegenheit mit hoher Wahrscheinlichkeit bemerkt, Angriffshandlungen angesichts der amerikanischen Luftüberlegenheit verhindert werden.

Technisch nicht zu beseitigen ist die Möglichkeit, daß ein Irak, der alle waffentauglichen Materialien vernichtet, der alle Produktionsanlagen abgebaut hätte und der keiner Vor-Ort-Überwachung mehr unterläge, zu einem späteren Zeitpunkt die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln aufnehmen könnte. Ingenieurwissen läßt sich nicht löschen. Experten bemessen den Zeitbedarf für die Erzeugung von B- und C-Waffen nach Wochen, den für die Nuklearwaffenproduktion nach Jahren. Allerdings steht der Irak in dieser Hinsicht nicht allein. Eine neuere Studie des amerikanischenVerteidigungsministeriums beziffert die Zahl der Staaten auf „über 25“, die bereits nukleare, bakteriologische oder chemische Waffen samt zugehöriger Trägermittel entwickelt haben bzw. über die Befähigung und die Absicht verfügen, es zu tun. Die regionale Konzentration dieser Staaten liegt im Mittleren Osten.

4. Geht vom Irak eine militärische Bedrohung aus?

(...) Daß der Irak seine Nachbarn militärisch bedroht, läßt sich anhand von Erkenntnissen über Angriffsvorbereitungen oder Angriffsabsichten nicht erhärten. Solche Erkenntnisse liegen nicht vor. Worum es ausschließlich geht, ist die potentielle Befähigung des Iraks zu Aggressionshandlungen mittels Massenvernichtungswaffen, deren Besitz ihm verboten ist. Dieser Frage geht die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen in ihren regelmäßigen Berichten nach. Bisher ist sie zu keinem anderen Befund gelangt als dem, daß ein positives Wissen über unerlaubten Waffenbesitz nicht existiert, sich aber gleichwohl nicht ausschließen läßt, daß solche Waffen oder Mittel zu deren Herstellung dort lagern könnten, wohin ihr der Zugang verwehrt ist. Von größerer Evidenz ist die Bedrohungsnahme nicht ...

5. Ist ein Militärschlag gegen den Irak völkerrechtlich zulässig?

Bereits der Golfkrieg von 1991 wurde auf einer rechtlich problematischen Grundlage geführt: Das den Vereinten Nationen nach Artikel 42 der UN-Charta zukommende Recht, einen Aggressor gewaltsam in die Schranken zu weisen, konnte in satzungskonformer Weise nicht wahrgenommen werden, da die Weltorganisation über keine eigenen oder ihr unterstellten Streitkräfte verfügte. Behelfsweise delegierte der Sicherheitsrat im

November 1990 sein originäre Recht an die Mitgliedstaaten der Anti-Irak-Koalition (Resolution 678), die unter Führung der Vereinigten Staaten die Luft- und Landoperationen vornahmen, als deren Ergebnis Kuweit die staatliche Souveränität zurückgewann. (...)

Für die gegenwärtige Situation von Belang ist die Frage, ob, wie von amerikanischer Seite geltend gemacht, die Ermächtigung fortbesteht und zu weiteren Militäreinsätzen gegen den Irak berechtigt, ohne daß der Sicherheitsrat ein neues Mandat zu erteilen hätte. Dieser Auffassung steht entgegen, daß der Sicherheitsrat schon wenige Wochen nach dem Ende des Golfkrieges gleich zweimal, im März und im April 1991, seine Ermächtigung von 1990 zurückgezogen hat.

In der Resolution 686 formulierte der Sicherheitsrat eine Reihe von Forderungen an den Irak, darunter die Beendigung der Annexion Kuweits, die Anerkennung der Haftung für verursachte Kriegsschäden, die Freilassung von Kriegsgefangenen und die Unterstützung bei der Lokalisierung irakischer Minen. Für den Zeitraum, der benötigt wird, um diesen Forderungen Folge zu leisten, so heißt es weiter, behalte die Ermächtigung zum Gewaltgebrauch ihre Gültigkeit. Da der Zeitpunkt, zu dem sämtliche dieser Forderungen vollständig erfüllt waren, bereits weit zurückliegt, ist auch der Zeitraum, während dessen die Gewalt ermächtigung fortgalt, längst beendet.

In der Resolution 687 erließ der Sicherheitsrat das Verbot der Entwicklung, des Erwerbs und des Besitzes von Massenvernichtungsmitteln durch den Irak und etablierte den Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verbots. Mit der notifizierten Annahme dieser Bestimmungen durch den Irak, so fährt die Resolution fort, trete die förmliche Feuerstellung in Kraft. Mit dieser Feststellung hat der Sicherheitsrat bekräftigt, daß nach dem genannten Zeitpunkt die Resolution 687 für eine Wiederaufnahme von Kampfhandlungen durch die vormaligen Koalitionsmächte nicht mehr als Grundlage dienen kann.

Soll der Irak heute, sieben Jahre später, wiederum mit militärischen Mitteln zur Ordnung gerufen werden, so bedarf es dazu eines neuen Beschlusses des Sicherheitsrats. d.h. neun der fünfzehn Ratsmitglieder müssen ihre Zustimmung erteilen, darunter alle fünf mit einem ständigen Sitz. Nehmen ein einzelner oder eine Gruppe von Staaten das Heft selbst in die Hand und handeln aus eigener Machtvollkommenheit unter Einsatz von Waffengewalt, so brechen sie gelendes Völkerrecht.

6. Gibt es politische Lösungsmöglichkeiten der Krise?

(...) Über den Tag hinaus hinterläßt das Dilemma der internationalen Irakpolitik eine Reihe offener Fragen, die auf längerfristige Probleme verweisen, deren Bearbeitung dringend geboten ist, soll

das nächste Krisenmanagement nicht wieder spektakulär scheitern. Verbesserungsbedürftig sind die verschiedenen Regime zur Verhinderung der Ausbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Anlässe, einzelne Verstöße bzw. den Verdacht des Verstoßes unverhältnismäßig streng zu ahnden, verringern sich in dem Umfang, wie ein gleichmäßig hoher Präventions- und Kontrollstandard gegenüber allen potentiell vertragsbrüchigen Staaten sichergestellt ist. Das bestehende Zwei-Klassen-Recht, d.h. das Nebeneinander von Staaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen dürfen, und anderen, denen sie verboten sind, wird sich jedoch nur durch die Achtung und Zerstörung aller Waffen dieser Kategorien überwinden lassen.

Gleichermaßen verbesserungsbedürftig ist die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen im Umgang mit Konflikten, die den Frieden und die internationale Sicherheit gefährden. Sanktionen sind grundsätzlich zu befristen. Nur so können sich die zuständigen Organe der Weltorganisation periodisch ein angemessenes Urteil über die Beendigung oder gegebenenfalls erforderliche Fortdauer von Zwangsauflagen bilden. Werden Sanktionsentscheidungen hingegen unbefristet getroffen, so erfordert deren Aufhebung eine erneute Beschußfassung, was nach den geltenden Abstimmungsregeln im Sicherheitsrat jedes einzelne der Ständigen Mitglieder in die Lage versetzt, einem gemäßregelten Staat unbillig lange, wenn nicht gar auf Dauer die gleichberechtigte Rückkehr in die internationale Gemeinschaft zu verwehren. Jedoch sollte der Sanktionierte erwarten können, daß die verhängten Sanktionen aufgehoben werden, wenn ihr erklärter Zweck erfüllt ist. (...) Des weiteren ist die Durchsetzungsfähigkeit der Vereinten Nationen in bezug auf ihre eigenen Beschlüsse zu stärken. Nur wenn die Weltorganisation nicht im selben Augenblick, wo sie sich zur Verhängung von Zwangsmäßignahmen genötigt sieht, die Aufsicht über deren Ausübung aus der Hand geben muß, ist gewährleistet, daß bei der Umsetzung nicht das elementare Prinzip der Verhältnismäßigkeit auf der Strecke bleibt.

Fazit

(...) Der Griff zu den Waffen wäre ein Akt der Willkür. Die in zivilisierten Gesellschaften gültige Überzeugung, daß Krieg kein Mittel der Politik sein darf, würde außer Kraft gesetzt. Jeder Staat, der daran mitwirkt, und sei es nur durch logistische Hilfe und politische Unterstützung, übernimmt Mitverantwortung. Für die Folgen, für die Opfer, für die Toten.

Dr. Margret Johannsen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Dr. Dieter S. Lutz, Wissenschaftlicher Direktor, Dr. Reinhard Mutz, Stellvertretender wissenschaftlicher Direktor, Dr. Götz Neuneck, Wissenschaftlicher Referent des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
(Februar 1998)

Berlin: Der Fund der Findungskommission war nicht erwünscht

Mit 128 von 134 Stimmen haben die Delegierten im Berliner Bundestagswahlbezirk Prenzlauer Berg / Mitte am 28. März die Berliner Landesvorsitzende der PDS Petra Pau zur Kandidatin für den Wahlkreis aufgestellt. Pau tritt somit in den Kampf um das Direktmandat in einem Wahlkreis gegen den SPD-Kandidaten Thierse an sowie gegen Günther Nooke für die CDU und gegen Marianne Birthler für die Grünen. In der Öffentlichkeit werden derzeit dem SPD-Kandidaten Thierse (SPD), der 1994 noch knapp gegen den PDS-Kandidaten Stefan Heym verloren hatte, größere Chancen eingeräumt.

Der von der PDS-internen „Findungskommission“ (Dietmar Bartsch, Lothar Bisky, Andre Brie und Gregor Gysi) vor zwei Wochen nach wochen-, ja monatengem Gezerre vorgeschlagene Admiral a.D. Elmar Schmähling aus Köln hatte zwei Tage vor der Delegiertenversammlung seine Kandidatur zurückgezogen.

In einer Erklärung, die Lothar Bisky und Gregor Gysi dazu abgaben, hieß es, man habe unterschätzt, welche Bedeutung das von der Kölner Staatsanwaltschaft gegen Schmähling geführte Ermittlungsverfahren wegen Konkursbetrugs habe. Bei diesem Verfahren geht es nach Presseberichten um 2 Millionen DM offene Schulden, die der Admiral a.D. im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch zweier Firmen „GeoNet“ und „Terra Online“ bei ca. 250 Gläubigern hat. Im April will die Staatsanwaltschaft Köln Anklage gegen den Admiral erheben. Laut Presseberichten ist Schmählings monatliche Pension von ca. 10 000 DM von 180 Gläubigern mit etwa 944 000 DM gepfändet. Wie die Findungskommission solche Strafvorwürfe übersehen oder womöglich als nicht erheblich für eine PDS-Kandidatur zum Bundestag einstufen konnte, bleibt ihr Geheimnis.

Nach dem Bekanntwerden der Kandidatur Schmählings und der gegen ihn laufenden Ermittlungen hatte sich in der Öffentlichkeit und insbesondere im PDS-Bezirk Prenzlauer Berg schnell Widerstand gegen den Admiral formiert. Der Bundestagswahlkreis Mitte / Prenzlauer Berg umfaßt zwei PDS-Bezirke, die sich bislang nicht auf ein gemeinsames Vorgehen hatten einigen können – eine Tatsache, die der Findungskommission das Hineinregieren in die Kandidatensuche erheblich erleichtert hatte. Während im Prenzlauer Berg schon in den Tagen vor der Nominierung Schmählings immer heftigere Kritik an der Suche nach einem

fremden „Promi“ für den Wahlkreis geäußert worden war, hatte die Bezirksleitung Mitte weiter die „Findungskommission“ unterstützt.

Am 21. März hatte dann Marion Seelig ihre Kandidatur gegen Schmähling erklärt. Marion Seelig lebt im Prenzlauer Berg. Politisch kommt sie aus der DDR-Bürgerbewegung, war u.a. in Menschen- und Bürgerrechtsgruppen der evangelischen Kirche tätig. 1989 saß sie für die „Vereinigte Linke“, die sie mitbegründete und der sie bis heute angehört, am zentralen Runden Tisch und ist heute im Berliner Abgeordnetenhaus innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion. Sie war von drei Basisorganisationen der PDS zur Kandidatur aufgefordert worden. Ihre Kandidatur erhielt in den folgenden Tagen im Prenzlauer Berg viel Unterstützung, wurde aber von der Vorsitzenden des PDS-Bezirks Mitte öffentlich abgelehnt.

Als die Vorwürfe gegen Schmähling immer breiter in der Presse verhandelt wurden, dieser zugleich anfing, die Vorwürfe gegen ihn als parteipolitisch instrumentalisiert abzutun (wörtlich: „Wenn ich CDU-Mitglied wäre, hätte ich jetzt keine Probleme“) und sich abzeichnete, daß es für den Admiral knapp werden könnte, zog die „Findungskommission“ die Notleine: Die Kandidatur des Admirals wurde zurückgezogen, die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau, die zuvor mehrfach erklärt hatte, sie wolle sich auf die Landespolitik konzentrieren und nur im Notfall kandidieren, wurde zu einer Kandidatur überredet. Marion Seelig zog darauf ihre Kandidatur zurück und erklärte ihre Unterstützung für Petra Pau.

Auf der Delegiertenversammlung von Mitte/Prenzlauer Berg am vergangenen Samstag gab es dann heftige Grundsatzkritik. Dietmar Wittich, Mitverfasser des „Kommentars“ zum PDS-Programm, kritisierte das undemokratische Vorgehen der Findungskommission: Die Suche nach „bunten Vögeln“ für die PDS-Liste demonstriere der Parteibasis, daß sie selbst angeblich nicht kompetent sei. Offene Listen müßten künftig „aus einem offenen politischen Diskurs hervorgehen“. Michail Nelken, Mitglied der PDS-Schiedskommission und aus dem Prenzlauer Berg, ergänzte, daß der Wahlkampf in Mitte/Prenzlauer Berg „nur noch von unten gewonnen werden kann oder gar nicht“.

Es bleibt zu hoffen, daß die Zeiten zentraler „Findungskommissionen“ für die Nominierung von Bundestagskandidaturen nach diesem Desaster endlich vorbei sind. Daß der Wahlkreis Mitte/Prenzlauer Berg für die PDS noch gewonnen werden kann, glauben in Berlin derzeit nur wenige. Aber es geschehen ja noch Zeichen und Wunder.

Regionale Geschichte

„Der Name muß weg“

„Der Name muß weg“, schrieb ein Mitglied der AG Spurensuche an der Hamburger Jahnschule, deren Name damit gemeint war, „aber nicht einfach so. Einen Weg brauchen wir: Zuerst müssen Fragen gestellt werden, und viele Schüler, Lehrer und Eltern sollten nach Antworten suchen.“ So nahm vor einigen Monaten eine Initiative die Auseinandersetzung mit dem Namensgeber Friedrich Jahn und der völkischen Tradition auf, die er mit begründete. Hier sind, ganz auszugsweise, erste Ergebnisse.

Am 14. März 1934 wurde dieser Schule, damals Volksschule an der Bogenstraße, der Name „Jahn-Schule“ verliehen. Die Namensgebung erfolgte auf Antrag der Schule und wurde vom nationalsozialistischen Präses der Schulbehörde genehmigt. In der in den dreißiger Jahren geführten Chronik der Jahnschule hieß es:

„Die Jahn-Schule trägt schon in ihrem Namen die hohe Verpflichtung, in ihrer Arbeit die Erziehungsgrundsätze neu zu wecken und zu pflegen, wie sie durch Friedrich Ludwig Jahn aufgezeigt wurden. In dem umfassenden Rahmen einer bewußt vaterländischen und völkischen Erziehung und Ausbildung will die Jahn-Schule als Traditionsträger das alte Jahnsche Turnen mit neuem Geist durchsetzen und in ihren Räumen fördern.“ (...)

Die Schule wollte also an alte Jahnsche Erziehungsgrundsätze anknüpfen und sie mit neuem Geist füllen. Alt und neu lauteten die Ziele: vaterländische und völkische Erziehung.

Adolf Hitler hatte sich auf dem 15. Deutschen Turnfest in Stuttgart 1933 ausdrücklich darauf berufen, daß das „Dritte Reich“ dem „Turnvater“ viel verdanke: Jahn habe in einer Zeit „unklarer staatlicher Auffassungen die Bedeutung der körperlichen Tüchtigkeit erkannt“. Auch im „Dritten Reich“ gelte nicht nur Wissen, sondern auch Kraft zu erwerben:

„Das gerade und gesunde Volk ... wird auch geistig nie den Irrtümern erliegen, denen das einseitig überlastete Gehirn nur allzu leicht verfällt. Geistreiche Völker ohne Mut und Kraft werden stets zu Hauslehrern der gesünderen Rassen degradiert ...“ (zit. nach Ueberhorst, 5. 78f.)

Der „Brockhaus“ von 1938 hebt hervor, was an Jahn für die Traditionspflege im „Dritten Reich“ erwähnenswert war: „Jahn hat als Kämpfer gegen Ausländer und für die Erhaltung des deutschen Kulturgutes neben seiner turnerischen eine starke volkserzieherische Tätigkeit ausgeübt. Er schrieb ‚Deutsches Volkstum‘ (1810), dessen Grundgedanke die Lehre von der Einheit Deutschlands ist.“ (Der neue Brockhaus, 2. Bd., 5. 520f.)

Jahn rückte für die Nationalsozialisten nach der Ansicht des NS-Erziehungswissenschaftlers Alfred Baumle schließlich zum „politischen Soldaten“ auf und zum Wegbereiter einer Leibeserziehung, die dem Grundsatz von Führertum, Rasse und Wehrhaftigkeit verpflichtet war (Ueberhorst, S. 79).

(...)

Das heutige Jahnbild in der Bundesrepublik ist (im Gegensatz zum Jahnbild in der Weimarer Republik – Red.) weit entfernt von blinder Verehrung (nachzulesen in modernen Auflagen der Konversationslexika): Es ist einerseits durchaus sehr kritisch gegenüber seiner Maßlosigkeit und Blindwütigkeit, seiner grotesken Selbstüberschätzung, seiner Verächtlichmachung eines jeden, der gegen ihn war, vor allem gegenüber seiner „Franzosenfresserei“; andererseits gibt es aber auch Rettungsversuche:

– seine Forderung nach „Volkstümlichkeit“ wird dann als Zeichen demokratischer Gesinnung interpretiert,
– insbesondere wird er in Schutz genommen gegen seine Vereinnahmung durch die Nazis. Ich zitiere aus einer ziemlich neuen Biographie (1992):

„Der bis zur Überbetonung gepflegte Kult des Volkstumsgedankens führte bei manchen Anhängern (!) zur ‚Deutschtu-

melei‘; die Ansätze zu nationalistischen Tendenzen im Fortgang des 19. Jahrhunderts waren damit gegeben. Niemand sollte aber die Exzesse des ‚Rassischen‘ und des Antisemitismus auf Jahn zurückführen. Jahn war Kind seiner Zeit, und nur aus ihr heraus kann man ihn richtig beurteilen. (...)

Ich möchte das Zitat einen Augenblick bedenken:

– Die Wörter Rasse und Antisemitismus waren zu Jahns Zeit tatsächlich noch nicht gebräuchlich bzw. nicht erfunden. Aber in der Sache war Jahn rassistisch und judefeindlich. (...)

Jahn hielt das deutsche Volk für das wertvollste überhaupt, er wollte es nicht mit fremden Völkern mischen; diese Ideen hat Jahn nicht erfunden, sondern sie stammen aus derselben Zeit von dem Philosophen Fichte: „Reden an die deutsche Nation“. (...)

„Deutschtümeli“ gab es nicht erst bei seinen Anhängern, sondern bei Jahn selbst, ... In „Die deutsche Turnkunst“ (1816) hieß es:

„Keiner darf zur Turngemeinschaft kommen, der wissentlich Verkehrer der Deutschen Volkstümlichkeit ist und Ausländerlieb, lobt und beschönigt.“ Der Ausländerhaß richtete sich besonders gegen die Franzosen: „Wälschen ist Fäl-

schen, Entmannen der Urkraft, Vergiften des Sprachquell, Hemmen der Weiterbildungskraft und gänzliche Sprachsinnlosigkeit.“ (zit. Nach Kindler, S. 550) ...

Jahn kann ... gewiß nicht als früher Vertreter demokratischen Denkens gedeutet werden. Sein Freiheitsbegriff hatte nicht Freiheitsrechte des einzelnen Menschen im Sinn, sondern Freiheit forderte er für das Volk als Einheit. Jedem Anflug von demokratischer Gleichheit erteilte er eine unmissverständliche Absage:

„Die natürliche, notwendige Ungleichheit der Menschen ... teilt sie von selbst in natürliche Stände ... Stände sind nun einmal in der Welt, und bleiben und machen das Volk aus.“ (Deutsches Volkstum, 5. 165, 167) Zwar hat sich Jahn auch zur „Teilnahme der einzelnen Staatsbürger am Wohl und Weh des Ganzen, (zur) Entfernung der Absonderung, (zum) Hinleiten zum Gemeinwesen“ (Deutsches Volkstum, S. 73) bekannt, aber an anderer Stelle im „Deutschen Volkstum“ hat er aufgelistet, wer das Bürgerrecht verdient – denn Bürgerrecht setzt „Bürgerfähigkeit“ voraus. Die Aufzählung, wem das Bürgerrecht entzogen werden soll, läßt nichts übrig von demokratischer Gesellschaft; wohl aber entsteht die Vision einer Volksgemeinschaft: Für das Bürgerrecht sei

„ein bloßes Wohnen ... nicht hinreichend, auch er Wurm wohnt in der Frucht, die er von innen verdirt“ (Deutsches Volkstum, S. 170).

Zu den „Würmern“, die kein Bürgerrecht verdienen, zählt Jahn unter anderem, wer seine Fahne verläßt, ohne verwundet zu sein, wer im Ausland die Volks ehre befleckt, wer eine Mischehe mit einer „noch nicht eingebürgerten Undeutschen“ eingehaßt oder wer unvermählt bleibt (Deutsches Volkstum S. 169f.) – natürlich handelt es sich immer um Männer. Vor diesem Hintergrund einer Volksgemeinschaft klingt es auch nicht überzeugend, wenn die einheitliche, schlichte, graue Turnkleidung, in die sich Jahns Turner hüllten, oder die Verkleidung, die er für die Burschenschaften entworfen hatte, als ständeübergreifend interpretiert wird. Uniformen gibt es zu vielerlei Zwecken, niemand würde die schwarze Kluft der SS als Zeichen demokratischer Gesinnung betrachten.

Mit diesen Ausführungen ist schon angedeutet, daß Jahn nicht in die Kontinuität demokratischer Strömungen gehört, sondern in die Kontinuität des „völkischen Denkens“ und der „Volksgemeinschaft“ – beides sind Schlüsselworte der NS-Ideologie. Der DDR-Schriftsteller Peter Hacks hat in einer schneidenden Abrechnung mit Jahn und der Jahnverehrung Jahns Verhalten beschrieben, als wäre er der „ewige Arier persönlich“ (Hacks S. 48). (...)

Barbara Vogel; ihr Vortrag wurde stark gekürzt. Wir entnahmen ihn und das abgebildete Dokument der Zeitung „Die Schule“.

Abschrift

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Gau Hamburg
Kreisgeschäftsstelle:
Hamburg, Grindelberg 3 II
Kreis Harvestehude
Hamburg 13, den 7. Dezember 1934
Br./Hs.

An die
Gauleitung/Organisationsamt,
H a m b u r g .
Gauhaus.

Den Pg. Fehling habe ich gebeten, mir über die verhältnismäßig große Zahl jüdischer Schüler an der Jahn-Schule einen Bericht zu erstatten.

Pg. Fehling berichtet u.a.:

„Die Volksschule in der Bogenstr. 34 wurde Ostern 1934 durch Beschluß des Senats Jahn-Schule genannt in Erinnerung an einen unserer ersten Vorkämpfer für ein größeres Deutschland, für eine reine Rasse und für ein deutsches Volkstum. In dieser Schule sollen schätzungsweise 40 bis 50 Kinder jüdisch sein. Wenn sich auch jede Schule heute noch mit den artfremden Kindern abfinden muß, so müßte dieses jedenfalls bei zwei Schulen unter allen Umständen vermieden werden, nämlich bei der Adolf Hitler-Schule, wo auch tatsächlich keine Juden aufgenommen wurden, und in der Jahn-Schule.“

Die Schüler der Jahn-Schule tragen auf ihrem Turnanzug auf der Brust das alte Jahn'sche Turnerkreuz: 4 F in Hakankreuzform. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß jüdische Kinder mit diesem alten völkischen Turnabzeichen auf der Brust herumlaufen. Ich habe diese Angelegenheit mit dem Schulleiter Jacobsgaard gelegentlich einer Besprechung mit den übrigen Schulleitern: Herme von der Hilfsschule Bundesstr. 94, Kanne, Kielortallee 18, Lüt.

Bereits am 2. März 1935 verfügte die Landesunterrichtsbehörde Hamburg, daß jüdische Kinder nicht mehr zur Jahn-Schule zugelassen waren. Diese Regelung war ein Vorgriff auf die Nürnberger Gesetze zur Rassentrennung vom 15.9.1935, die ab November 1938 durch Reichsverordnung und Hamburger Erlaß „Entlassung der Juden aus deutschen Schulen“ für alle Hamburger Schulen galten

Gemeinsam gegen Rassismus – gleiche Rechte für alle! Offene Grenzen für Menschen in Not

Migrations- und flüchtlingspolitische Konferenz der PDS
am 18. April 1998 von 10 - 22 Uhr
im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld
Venloerstr. 429, 50825 Köln

- Migrationspolitischer Reformbedarf: Reicht die doppelte Staatsbürgerschaft?
- Mit Gesetzen, Verboten und Parlamentarismus gegen Rassismus?
- Offene Grenzen für Menschen in Not – wie ist das zu organisieren und zu vermitteln?
- Wie gehen wir gegen die AusländerInnenhetze im Wahljahr vor?

PDS-PolitikerInnen stellen sich den Fragen, Positionen und Provokationen von MigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen.

Daneben Essen, Trinken, Kultur, Prominenz und Kompetenz

Eintritt frei, rege Teilnahme erwünscht

Information: PDS-Bundestagsgruppe,
Bundestag, 53113 Bonn,
Tel. 0228/164 89 78, Fax 0228/164 69 21



3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm

5. April: Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig:

19. April: FDP-Bundesparteitag verabschiedet Bundestagswahlprogramm

20./21. April: SPD-Bundesparteitag in Leipzig wählt Kanzlerkandidat und verabschiedet Wahlprogramm

25. April: Kongreß gegen das MAI in Bonn Audi-Max, Pädagogische Fakultät, römerstr. 164

26. April 1998: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teilnehmerkreis der EU-Währungsunion ab 1.1.1999

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlparteitag in Bremen

22./23. Mai: Kongreß „Renaissance der Grundrechte“ in München. Bestandsaufnahme des Abbaus der Grundrechte und Planung gemeinsamer Aktivitäten. Bisher an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro Asyl, Humanistische Union, Humanistische Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen, Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue RichterInnenvereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Arbeiterwohlfahrt. Infos über Büro MdEP Claudia Roth, Tel. 0228/1687939.

22./24. Mai: DKP-Parteitag in Hannover

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstifenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart



3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in Rostock verabschiedet Bundestagswahlprogramm